

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße Nr 5 und Neue Poststraße 11, durch die Zweigstelle, Störrengestraße Reichelt, Reichshaus Nr 140, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,20 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Routo: Postfach-Amt Dreslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Demittentenanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Vermählungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum 11. Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Poststraße 48) oder in der Zweigstelle abgegeben werden.

Die Hohenzollern wollen wieder verhandeln.

Über sie behaupten, schon fast alles „geopfert“ zu haben und stehen auf ihrem Privatrecht.

Während das Zentrum am Sonntag erklärt hat, es wolle nach den Reichstagsferien wieder eine reichsgesetzliche Regelung der Fürstenabfindung zustande zu bringen suchen, schlugen die preussischen Vertreter der Deutschen Volkspartei gestern im Landtag vor, die Preussische Regierung möge doch nach dem Scheitern der letzten Regierungsvorlage im Reichstag jetzt neue direkte Verhandlungen mit dem Hohenzollernhause anknüpfen. Jetzt sei der Zeitpunkt da, auf dem Vergleichswege eine Einigung mit dem früheren Königshause zustande zu bringen. Daß dieser Vorschlag ernst gemeint war, ergab sich schon aus der Tatsache des Verzichts auf den sonst üblichen Angriff gegen den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in der volksparteilichen Rede und aus einer Ausdrucksweise, die sich den Gedankengängen eines sozialdemokratischen Ministers einigermaßen anpassen suchte. Der volksparteiliche Sprecher betonte nämlich, man müsse zwar bei solchen Vergleichsverhandlungen von dem gegebenen Recht ausgehen, könne aber andererseits veraltete Paragraphen ja auch ändern und die Notlage des Volkes berücksichtigen. Die Venderung von Paragraphen veralteten Rechts zugunsten des Volkes war von derselben Partei im Reichstag eine Woche vorher in allen wesentlichen Fragen abgelehnt worden. Jetzt schlägt die Volkspartei in süßen Tönen vor, man möge solche Paragraphen in soweit ändern — als die Hohenzollern dem freiwillig im Vertragswege zustimmen.

Schon dieser mehr als bedenkliche Kern des Vorschlages mißt gegen die volksfreundlichen Redeblicke bedenklich stimmen, die die Anregung mit dem „Staatsinteresse“ und dem „Allgemeinwohl“ in Verbindung brachten. Welches Interesse die Volksparteiler tatsächlich geleitet hat, das ergibt sich mit zweifelsfreier Klarheit auch für die Vertrauensvollsten heute morgen durch die Veröffentlichung eines Schreibens des hohenzollernschen Generalbevollmächtigten v. Berg an die Preussische Staatsregierung. Der ganze volksparteiliche Vorstoß war offenbar nur als Vorspiel und Begleitmusik zu diesem „Angebot“ des offiziellen Hohenzollernvertreters gedacht. Was hat er nach dem Scheitern sowohl des Volkstentatives wie des Reichsregierungs-Kompromisses dem Preussischen Staat zu sagen?

Zunächst behauptet der Hohenzollernvertreter, er sei schon bei den früheren Vergleichsverhandlungen mit dem Preussischen Staat so weit entgegengedehnt, daß er den Verzicht auf 83 Prozent des Vermögens der ehemaligen Könige bereits längst bewilligt habe. Diese Berechnung zeigt sofort wieder, wie recht die — übrigens gleichfalls zur Deutschen Volkspartei zählende — „Königliche Zeitung“ hatte, als sie vom „Geiste eines kleinen Krämers“ sprach, der in der Haltung der früheren Fürsten zum Ausdruck komme, und „feststehend möglichst viel für sich herauszuschlagen“ juche. Die angeblichen 83 Prozent des früheren königlichen Vermögens, auf die die Hohenzollern großmütig verzichten wollten, bestehen nämlich fast durchweg aus Zufuhlsbetrieben wie Museen, Theatern, unbewohnten Schlössern usw., während um jeden Ueberschubbetrieb bekanntlich jäh von den Hohenzollern gekämpft wurde. Die Prozentberechnung des Vermögens durch Herrn von Berg ist also eine bewusste Täuschung der öffentlichen Meinung. Von ihren wirklichen Einnahmen, auch soweit sie auf den allerbedeutendsten Rechtsgrundlagen beruhen, haben die Hohenzollern auch nicht 1 Prozent freiwillig hergegeben. Aber diese falsche Berechnung ist in dem neuen „Angebot“ sehr verständlich. Erklärt doch der Hohenzollernvertreter, er wünsche neue Verhandlungen wieder auf der Grundlage des — niemals rechtskräftig gewordenen — Vertragsentwurfs vom 12. Oktober 1925. Diesen Vertrag hat bekanntlich der preussische Finanzminister nur entworfen, weil er unter dem Druck veralteter Rechtsbestimmungen stand, die die früheren Könige von Preußen zu ihren eigenen Gunsten erlassen haben und die von der heutigen deutschen Justiz dauernd gegen den Staat ausgepielt werden. Ausdrücklich hat während der Volkstentativbewegung der jetzige preussische Finanz-

Eine königliche Tat.



„Eine wahrhaft vornehme königliche Tat verlangt die „Königliche Zeitung“ von uns Fürsten? — Nun wohl, ich werde dieses materielle Schloß an den Staat freiwillig abtreten.“

minister — bekanntlich selbst ein Gegner des Volkstentatives — erklärt, daß er im Interesse der preussischen Staatsfinanzen eine Venderung dieser veralteten Rechtsgrundlagen dringend wünsche, damit er sich an diesen Vertragsentwurf nicht mehr zu halten brauche. Und das genannte volksparteiliche Blatt hat noch in der vorigen Woche erklärt, daß auch seiner Meinung nach dieser Vertrag „nicht mehr aktuell“ sei.

„Wenn ein Vertreter der Hohenzollern glauben sollte, durch Nachlassen von ein paar Millionen Mark und einigen zehntausend Morgen Land diesen Vergleich wieder in den Vordergrund schieben zu können, dann irren sie in der Beurteilung der politischen Gesamtsituation... Wir bedauern, daß aus rein materiellen Rücksichten die verlangte königliche Tat unterbleibt und die ehemaligen Dynastien eine gute Gelegenheit verläumen, ihr Verstehen aus der Geschichte des deutschen Volkes mit Würde und nationalem Opferinn zu verbrämen.“

Dieses Urteil des unabhängigen Blattes volksparteilicher Tendenz wird durch den neuen Brief des Hohenzollernvertreters in vollem Umfange aufs neue bestätigt. Genau dasselbe geschieht, was dort im Interesse des geschilderten Ansehens der früheren Fürstenhäuser als das Bedenklichste bezeichnet wurde. Die Hohenzollern wollen auch ihre neuen Verhandlungen wieder auf der alten privatrechtlichen Grundlage führen. Auch bürgerliche Landtagsprediger, die gestern der selbstverständlichen Prüfung der neuen Vorschläge im einzelnen zustimmten, erklärten, sie hielten sie für aussichtslos. Wenn man den Hohenzollern geraubtes Volkvermögen abjagen will, kommt man durch Verhandlungen mit ihnen nicht weiter. Hören muß Gelehrte gegen sie machen. Da das aber vor November nicht möglich ist, kann man in unterbrechender Vorentscheidung benutzen, um neue Beweise für diese alte Behauptung zu sammeln.

Neue Menschen in Berlin. Chicago-Leser berichtet aus Berlin über eine große Zahl von Flüchtlingen, die sich in der Bewegung sozialer Arbeiter und Frauen in der Provinz Konraden-Classe (Königsberg) befinden und mit großer Begeisterung in das Volkswort beizutreten.

Zusammenschluß von Deutschnationalen und Volkspartei?

Der deutschnationale Agrarfürher Freiherr von Gagl und der volksparteiliche Reichsminister a. D. und durchgefallene Präsidentschaftskandidat Jarres fordern ihre Parteien auf, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, wie sie unter ihrer Leitung im Preussischen Staatsrat bereits gebildet ist. Uns kann eine solche Aktion im bürgerlichen Lager nur erwünscht sein, zumal dadurch Zentrum und Demokraten vielleicht etwas zurückhaltender in ihrer Anhänglichkeit an die Volkspartei als angebliche Mittelpartei werden dürften.

Nationalsozialistischer Parteitag mit Stich- und Schußwaffen und Lungenzungen.

Weimar, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Nationalsozialisten hielten am Sonntag in Weimar ihren Parteitag ab, wobei die Vertreter der Antipresse nicht zugelassen wurden. Die Tagung selbst war nach den eigenen Berichten der Gruppe völlig belanglos. Aber ungläublich benahmen sich die „Delegierten“ in den Straßen Weimars. An verschiedenen Orten kam es zu Schlägereien, teilweise zwischen den Teilnehmern selbst. Ein Oberwachmann, der einen Streit schlichter wollte, wurde von hinten durch die Lunge geschossen und lebensgefährlich verletzt. Der Täter, ein junger Hitlergänger mit Hakenkreuzbinde, entfloh. Die Polizei hat am Montag die Massenquartiere der Nationalsozialisten durchsucht und dabei zahlreiche Schuß- und Stichwaffen beschlagnahmt. Die Wut der Nationalsozialisten war deshalb so groß, weil die Bevölkerung von ihrem Parteitag kaum Notiz nahm. Die Zahl der schwarz-weiß-roten Fahnen, die herausgingen, war verschwindend gering. Dafür benahmen sich die „Festgäste“ außergewöhnlich rüpelhaft gegen die Einwohner und ganz besonders gegen die Frauen und Mädchen. Solche mit Bubsköpfen wurden nicht nur in der unflätigsten Weise beschimpft, sondern auch geschlagen. Ein Ueberfall, den die Hakenkreuzler am Sonnabend auf das Volkshaus unternahmen wollten, bekam ihnen allerdings sehr schlecht. Sie mußten ohne Erfolg abziehen.

Weimar, 6. Juli. (Eigener Funkbericht.) Im Thüringischen Landtage verlangte gestern Abg. Frölich im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung der Regierung über die Ausschreitungen der Nationalsozialisten während ihres Parteitages am Sonntag. Bei der Debatte über diesen Antrag kam es zu schweren Zusammenstößen. Der nationalsozialistische Abg. Dr. Dinter bekaß die Stirn, gegenüber der Erklärung Frölichs, daß der Schuß auf den Polizeibeamten von einem Nationalsozialisten abgegeben worden sei, zu behaupten: das war „sicher“ (!) ein „roter Frontkämpfer“. In der großen Erregung, die diese offenbar blige hervorrief, warf der kommunistische Abgeordnete Bed mit seinem Federmesser nach Dr. Dinter. Er wurde ausgeschossen, ebenso der Kommunist Tenner, der dem Präsidenten vorwarf, er bede die Schandtat der Witzfächer. Unter großem Lärm wurde der sozialdemokratische Antrag von den Rechtsparteien abgelehnt.

Der Solotkongress in Prag.

Die Solots („Guten“) sind eine nationale tschechische Turnerorganisation, die aber in aller Herren Länder Unterabteilungen organisiert hat, die nun zu dem 8. Weltkongress der Solots in Prag ihre Delegation entsandt haben. Der Solotverband selbst dürfte über eine halbe Million organisierter Mitglieder umfassen. Man könnte in ihm eine Nachbildung der Turnvereine des deutschen Turnvereins (T.V.) erblicken, doch gehen ihre Bestrebungen in der Wee über die Gedanken hinaus, was Anhaus. Bemerkenswert ist aber die ausgeprägte antiliterarische Einstellung dieser militärisch organisierten Turnerverbände. Sie sind leidenschaftliche Gegner und Bekämpfer der katholischen Kirche. (Die kirchlich gesinnten Turner haben eigene Verbände, die „Drei“.) So ist denn auch der jetzige Kongress mit einer besonderen Hoch-Gedenkfete verbunden, an der die Regierung und auch der Staatspräsident teilnehmen. Wenn man weiß, daß im Vorjahre der päpstliche Nuntius in Prag, Warnung und der tschechischen Regierung in Konflikt geriet, weil sie an einer Hofgesellschaft offiziell teilgenommen, so wie das Verhalten der Dardan die diplomatischen Beziehungen mit der Prager Regierung abbrechen, dann geht daraus heraus, einen wie starken Einfluß politische Art die Solots in Prag haben, wenn man sich nicht wieder die Regierung an einer Hofgesellschaft teilnehmen will. Die tschechischen Regierungsgesandten, die zum Teil gerade von der tschechischen Regierung und tschechischen Parteien entsandt sind, sind auch bei ihrer Teilnahme an der Hofgesellschaft sehr vorsichtig. Die tschechischen Turner sind in einem Maße in Prag bekannt, daß ihnen die tschechische Regierung die Teilnahme an der Hofgesellschaft nicht erlaubte. Die tschechischen Turner sind in einem Maße in Prag bekannt, daß ihnen die tschechische Regierung die Teilnahme an der Hofgesellschaft nicht erlaubte.

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugpreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Fischerstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Grapenstraße Nr. 5 und Neue Fischerstraße 14, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsort und Druckverlagsschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftstelefon Ring 1206, Redaktion Ring 5141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: 20 Pfennige für die geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. für Stellenangebote 10 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienangelegenheiten, Stellenangebote, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das erste Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Fischerstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die Hohenzollern wollen wieder verhandeln.

Über sie behaupten, schon fast alles „geopfert“ zu haben und stehen auf ihrem Privatrecht.

Während das Zentrum am Sonntag erklärt hat, es wolle nach den Reichstagsferien wieder eine reichsgesetzliche Regelung der Fürstenabfindung zustande zu bringen suchen, schlugen die preussischen Vertreter der Deutschen Volkspartei gestern im Landtag vor, die Preussische Regierung möge doch nach dem Scheitern der letzten Regierungsvorlage im Reichstag, jetzt neue direkte Verhandlungen mit dem Hohenzollernhause anknüpfen. Jetzt sei der Zeitpunkt da, auf dem Vergleichsweg eine Einigung mit dem früheren Königshause zustande zu bringen. Daß dieser Vorschlag ernst gemeint war, ergab sich schon aus der Tatsache des Verzichts auf den sonst üblichen Angriff gegen den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in der volksparteilichen Rede und aus einer Ausdrucksweise, die sich den Gedankengängen eines sozialdemokratischen Ministers einigermaßen anpassen suchte. Der volksparteiliche Sprecher betonte nämlich, man müsse zwar bei solchen Vergleichsverhandlungen von dem gegebenen Recht ausgehen, könne aber andererseits veraltete Paragraphen ja auch ändern und die Notlage des Volkes berücksichtigen. Die Aenderung von Paragraphen veralteten Rechts zugunsten des Volkes war von derselben Partei im Reichstag eine Woche vorher in allen wesentlichen Fragen abgelehnt worden. Jetzt schlugen die Volksparteiler in süßen Tönen vor, man möge solche Paragraphen in so weit ändern — als die Hohenzollern dem freiwillig im Vertragswege zustimmen...

Schon dieser mehr als bedenkliche Kern des Vorschlages mußte gegen die volksfreundlichen Redebüten bedenklich stimmen, die die Anregung mit dem „Staatsinteresse“ und dem „Allgemeinwohl“ in Verbindung brachten. Welches Interesse die Volksparteiler tatsächlich geleitet hat, das ergibt sich mit zweifelsfreier Klarheit auch für die Vertrauensvollsten heute morgen durch die Veröffentlichung eines Schreibens des Hohenzollernschen Generalbevollmächtigten v. Berg an die Preussische Staatsregierung. Der ganze volksparteiliche Vorstoß war offenbar nur als Vorspiel und Begleitmusik zu diesem „Angebot“ des offiziellen Hohenzollernvertreters gedacht. Was hat er nach dem Scheitern sowohl des Volksschreibens wie des Reichsregierungs-Kompromisses dem Preussischen Staat zu sagen?

Zunächst behauptet der Hohenzollernvertreter, er sei schon bei den früheren Vergleichsverhandlungen mit dem Preussischen Staat so weit entgegengekommen, daß er den Verzicht auf 83 Prozent des Vermögens der ehemaligen Könige bereits längst bewilligt habe. Diese Berechnung zeigt sofort wieder, wie recht die — übrigens gleichfalls zur Deutschen Volkspartei zählende — „Kölnische Zeitung“ hatte, als sie vom „Geiste eines kleinen Krämers“ sprach, der in der Haltung der früheren Fürsten zum Ausdruck komme, und „feilend möglichst viel für sich herauszuschlagen“ juche. Die angegebenen 83 Prozent des früheren königlichen Vermögens, auf die die Hohenzollern großmütig verzichten wollten, bestehen nämlich fast durchweg aus Zuckerbetrieben wie Museen, Theatern, unbewohnten Schlössern usw., während um jeden Ueberzuckerbetrieb bekanntlich jäh von den Hohenzollern gekämpft wurde. Die Prozentberechnung des Vermögens durch Herrn von Berg ist also eine bewußte Täuschung der öffentlichen Meinung. Von ihren wirklichen Einnahmen, auch soweit sie auf den allerbedenklichsten Rechtsgrundlagen beruhen, haben die Hohenzollern auch nicht 1 Prozent freiwillig hergegeben. Aber diese falsche Berechnung ist in dem neuen „Angebot“ sehr verständlich. Erklärt doch der Hohenzollernvertreter, er wüßte neue Verhandlungen wieder auf der Grundlage des — niemals rechtskräftig gewordenen — Vertragsentwurfs vom 12. Oktober 1925. Dieser Vertrag hat bekanntlich der preussische Finanzminister nur entworfen, weil er unter dem Druck veralteter Rechtsbestimmungen stand, die die früheren Könige den Preussen zu ihren eigenen Gunsten erlassen haben und die von der heutigen deutschen Justiz dauernd gegen den Staat ausgespielt werden. Ausdrücklich hat während der Volkspartei-Rede die heutige preussische Finanz-

Eine königliche Tat.



„Eine wahrhaft vornehme königliche Tat verlangt die „Kölnische Zeitung“ von uns Fürsten? — Nun wohl, ich werde dieses materielle Schloß an den Staat freiwillig abtreten.“

minister — bekanntlich selbst ein Gegner des Volksschreibens — erklärt, daß er im Interesse der preussischen Staatsfinanzen eine Aenderung dieser veralteten Rechtsgrundlagen dringend wünsche, damit er sich an diesen Vertragsentwurf nicht mehr zu halten brauche. Und das genannte volksparteiliche Blatt hat noch in der vorigen Woche erklärt, daß auch seiner Meinung nach dieser Vertrag „nicht mehr aktuell“ sei.

Wenn ein Vertreter der Hohenzollern glauben sollte, durch Nachlassen von ein paar Millionen Mark und einigen zehntausend Morgen Land diesen Vergleich wieder in den Vordergrund schieben zu können, dann irren sie in der Beurteilung der politischen Gesamtsituation. Wir bedauern, daß aus rein materiellen Rücksichten die verlangte königliche Tat unterbleibt und die ehemaligen Dynastien eine gute Gelegenheit verjähren, ihr Abtreten aus der Geschichte des deutschen Volkes mit Würde und nationalem Opferwillen zu verbrämen.

Dieses Urteil des unabhängigen Blattes volksparteilicher Tendenz wird durch den neuen Brief des Hohenzollernvertreters in vollem Umfange aufs neue bestätigt. Genau daselbe geschieht, was dort im Interesse des geschichtlichen Ansehens der früheren Fürstenhäuser als das Bedenklichste bezeichnet wurde. Die Hohenzollern wollen auch ihre neuen Verhandlungen wieder auf der alten privatrechtlichen Landtagsgrundlage führen. Auch bürgerliche Landtagssprecher, die gestern der selbstverständlichen Prüfung der neuen Vorschläge im einzelnen zustimmten, erklärten, sie hielten sie für aussichtslos. Wenn man den Hohenzollern geraubtes Volkvermögen abjagen will, kommt man durch Verhandlungen mit ihnen nicht weiter, sondern muß Gesetze gegen sie machen. Da das aber vor November nicht möglich ist, kann man ja unermessen die Fertigkeit benutzen, um neue Beweise für diese alte Erfahrung zu sammeln.

Neue Unruhen in Preußen. „Chicago Tribune“ berichtet aus Teheran über eine gegen den Schah vergerichtete Revolutionsbewegung türkischer Revolutionen und Kurden in der Provinz Sowman. Starke Truppenabteilungen werden mit großer Eile in das Unruhengebiet beordert.

Zusammenschluß von Deutschnationalen und Volkspartei?

Der deutschnationale Agrarführer Reichert von Gagl und der volksparteiliche Reichsminister a. D. und durchgefallene Präsidentschaftskandidat Jarres fordern ihre Parteien auf, sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, wie sie unter ihrer Leitung im Preussischen Staatsrat bereits gebildet ist. Uns kann eine solche Klärung im bürgerlichen Lager nur erwünscht sein, zumal dadurch Zentrum und Demokraten vielleicht etwas zurückhaltender in ihrer Anhänglichkeit an die Volkspartei als angebliche Mittelpartei werden dürften.

Nationalsozialistischer Parteitag mit Stich- und Schußwaffen und Lungenschüssen.

Weimar, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Nationalsozialisten hielten am Sonntag in Weimar ihren Parteitag ab, wobei die Vertreter der Antipresse nicht zugelassen wurden. Die Tagung selbst war nach den eigenen Berichten der Gruppe völlig belanglos. Über unglücklich benahmen sich die „Delegierten“ in den Straßen Weimars. An verschiedenen Orten kam es zu Schlägereien, teilweise zwischen den Teilnehmern selbst. Ein Oberwachmeister, der einen Streit schlichten wollte, wurde von hinten durch die Lunge geschossen und lebensgefährlich verletzt. Der Täter, ein junger Hitlergardist mit Falkenkreuzbinde, entfloh. Die Polizei hat am Montag die Massenquartiere der Nationalsozialisten durchsucht und dabei zahlreiche Schuß- und Stichwaffen beschlagnahmt. Die Wut der Nationalsozialisten war deshalb so groß, weil die Bevölkerung von ihrem Parteitag kaum Notiz nahm. Die Zahl der schwarz-weiß-roten Fahnen, die herausgingen, war verschwindend gering. Dafür benahmen sich die „Festgäste“ außerordentlich rüpelhaft gegen die Einwohner und ganz besonders gegen die Frauen und Mädchen. Solche mit Budenköpfen wurden nicht nur in der unflätigsten Weise beschimpft, sondern auch geschlagen. Ein Ueberfall, den die Falkenkreuzler am Sonntagabend auf das Volkshaus unternahmen wollten, bekam ihnen allerdings sehr schlecht. Sie mußten ohne Erfolg abziehen.

Im Thüringischen Landtage verlangte gestern Abg. Frölich im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung der Regierung über die Ausschreitungen der Nationalsozialisten während ihres Parteitages am Sonntag. Bei der Debatte über diesen Antrag kam es zu schweren Zusammenstößen. Der nationalsozialistische Abg. Dr. Dinter befahl die Sturzgegenüber der Erklärung Frölichs, daß der Schuß auf den Polizeibeamten von einem Nationalsozialisten abgegeben worden sei, zu behaupten: das war „falsch“! (Nicht ein „roter Frontkämpfer“.) In der großen Erregung, die diese offensbare Lüge hervorrief, warf der kommunistische Abgeordnete Beck mit seinem Federmesser nach Dr. Dinter. Er wurde ausgeschlossen, ebenso der Kommunist Tenner, der dem Präsidenten vorwarf, er werde die Schandthaten der Wölfe. Unter großem Lärm wurde der sozialdemokratische Antrag von den Rechtsparteien abgelehnt.

Der Solokongreß in Prag.

Die Solokongreß (Solokongreß) hat eine nationale tschechische Turnerorganisation, die aber in aller Herren Länder Unterverbände organisiert hat, die nun zu dem 8. Weltkongreß der Solos in Prag ihre Delegation entsandt haben. Der Solokongreß selbst dürfte über eine halbe Million organisierte Mitglieder umfassen. Man könnte in ihm eine Nachbildung der Turnvereine des deutschen Turnvaters Jahn erblicken, doch gehen ihre Bestrebungen in der See über die Gebirge hinaus wohl hinaus. Bemerkenswert ist aber die ausgesprochene antikerikale Einstellung dieser militärisch organisierten Turner-Verbände. Sie sind lebensgefährliche Hasser und Bekämpfer der katholischen Kirche. (Die kirchlich gestimmten Turner haben eigene Verbände, die „D. T. U.“) So ist denn auch der jetzige Kongreß mit einer besonderen Huj-Geberkefeier verbunden, an der die Regierung und auch der Staatspräsident teilnehmen. Wenn man weiß, daß im Vorjahre der päpstliche Nuntius in Prag, Marzouki, mit der tschechischen Regierung in Konflikt geriet, weil er an einer Jahrestagung offiziell teilgenommen ist, wie dann die diplomatischen Beziehungen mit der Wiener Regierung abhandeln, dann geht daraus hervor, einen wie heißen Wind der politischen Luft die Solos in Prag haben müssen, wenn irgendwo sich wieder die Regierung an einer Jahrestagung teilnehmen will. Die tschechischen Regierungswissenschaftler, die sich Teil nehmen an den tschechischen Schieds- und deutschen Parteien abhandeln, erklären sich auch, daß ihre Anwesenheit mit der Bedeutung haben will, daß man sich als nationaler Mann nicht über die tschechischen Parteien setzen darf.

Der neue „Vergleichs“-Vorschlag im Landtag.

Der Preussische Landtag nahm am Montag nach längerer Debatte die Vorlage zur Einbeziehung staatlichen Bergwerksbesitzes in die Preussische und einen Gesetzentwurf zur Berechtigung von Betriebsleitern über die Befreiung des staatlichen Bergwerksbesitzes an.

Abg. Dr. Waentig (Soz.) erklärte, daß die Sozialdemokratische Fraktion den beiden Vorlagen zustimme. Er betonte, man könne sich unmöglich auf halbem Wege stehen lassen. Entweder müsse man gegen die Übertragung von Staatseigentum an Aktiengesellschaften sein, oder aber man müsse sich dazu bekennen, daß der Staat in der neuen Zeit mit neuen Methoden ein staatliches Eigentum verwalten müsse.

Dann ging das Haus an die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Berechtigung von weiteren rund 32,6 Millionen für die Fortführung des Mittelband-Kanals.

Abg. Reinert (Soz.) wies als Berichterstatter auf die systematische Verschleppung des Ausbaus des Mittelbandkanals hin, bei der besonders die Reichsbahn ihre Hand im Spiele habe.

Abg. Wittmann (Soz.) forderte über die bereitgestellten Mittel hinaus Einwirkung der Preussischen Regierung auf das Reich, durch weitgehende Finanzierung des Mittelband-Kanals die Arbeitslosigkeit zu mildern.

Bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Eingemeindung der Stadt Wiesloch in den Stadtkreis Wiesbaden stimmte die Mehrheit der Abgeordneten der Reichsbahn zu.

Ein ungestörtes Plätzchen.



„Aber, Herr Wahlvorseher, wenn uns die Leute übersehen...“
„Keine Angst! So lange mein Inspektor vor der Tür kontrolliert, traut sich kein Was aus dem ganzen Dorf ins Abstimmungslokal!“

Staatsminister sein Amt verwalte. Wenn Not am Mann gewesen, dann seien gerade auch Herrschaften von der rechten Seite des Hauses an ihn so und so oft herangetreten, und zwar immer mit dem Wort, sie wüßten, daß er Verständnis und Interesse für die Landwirtschaft habe.

Abg. Meier-Berlin (Soz.) gibt dann folgende Erklärung ab: „Die Sozialdemokratische Fraktion sieht keine Möglichkeit, auf den Boden des Antrages u. Campa zu treten.“

Der Ministerpräsident sprach dem Preussischen Staatsministerium und den Hohenzollern in Aussicht genommene Vergleich wäre von der Sozialdemokratie abgelehnt worden.

Aus allen diesen Gründen scheinen uns die Voraussetzungen für einen Vergleich zwischen der Republik Preußen und den Hohenzollern gegenwärtig völlig zu fehlen.

Nächstes von ihnen darüber zu hören, wie sie sich einen solchen Vergleich als möglich vorstellen.
Die sozialdemokratische Politik in der Frage der Fürstenabfindung ist vollkommen klar und einheitlich: Nach dem Volksworte ist nicht zum Erfolg der entschuldigungslosen Enttignung gefähig hat, hat die Sozialdemokratie die Pflicht, einen möglichst großen Teil des freiliegenden Gutes für die Allgemeinheit zu retten und einen möglichst geringen Teil den ehemaligen Fürsten anheimfallen zu lassen.

Not und Kriminalität.

„Ihr laßt den Armen schuldig werden...“ — gibt es für diesen Vorwurf greifbarere Beispiele als die Straftaten, deren Ursachen Kapitalismus, Krieg und ihre Folgen sind?
Die im Jahre 1923 abgeleitete und zum Gipfel während der Inflationszeit gestiegene Not ließ die Eigentumsvergehen in Deutschland zu einer außerordentlichen Höhe anschwellen.

Was aber aus diesen traurigen Gesamtergebnissen noch nicht einmal zu erkennen ist, sind zwei besonders schwerwiegende Verschlechterungen gegenüber der Vorkriegszeit:
Zunächst die im Jahre 1923 bedeutend größere Zahl der nach nicht vorbestraften Verurteilten.

Brazillen interessiert sich wieder für den Völkerbund.

Genf, 6. Juli. (Eigener Fundbericht.) Der brasilianische Botschafter und das Reichsmitglied Mello Franco haben gestern zur allgemeinen Überraschung im Sekretariat des Völkerbundes einen neuen Stellvertreter vorgestellt.

Werbt ständig für unsere Zeitung!

sondern nur, weil er Sunlofs hatte, und falls dieser sich zu häufig wieder erheben könnte, ihn sicher niederdrücken würde.
Mit solchen Gedanken reiste er denn auch einmal nach Kriauk. Aber dort mußte er erfahren, wie seine heimischen Mienen schon zum voraus durchkreuzt waren.

Der Bürge.

Jorgen Jorgensen's Herz hatte sich gegen Michael Sunlofs' brechesch neigend: einmal, weil er Sunlofs in das Wiking-Hinweggeheuch hatte und dann, weil er sah, daß das seine kühnen Ziele keineswegs übertrieb; dann, weil Sunlofs keine wieder im Reich seiner Kopf, Sunlofs zu den Schwereformen verurteilte.

dänischen Kinder im Jahre in Kopenhagen und an den dänischen Reichstag. Schließlich war es der König selbst. Der Erfolg war aber gering. Er ließ keine Ohren und erlangte weder Bewilligung noch irgendwelche Versprechen, daß sie ihm werden solle.
Jorgen Jorgensen's Stellung aber wurde für diesen, damit Sunlofs' einige Kommissare nicht leichter durch eingelassene Unterstützung seitens der Regierung wurde er aus seiner Ruhe herausgerissen und durch Kopenhagen und Kopenhagen in Schrecken versetzt.

Die Nachfolge der gestürzten Mecklenburger Junter-Regierung.

Am Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, tritt der Mecklenburgische Landtag zum ersten Mal nach den Wahlen zusammen. Die Regierung Brandtens wird nach der Eröffnung sofort die Konsequenzen aus der Wahlniederlage ziehen. Als Nachfolgerin kommt vorläufig eine Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Demokraten in Frage. Die Verhandlungen sind endgültig noch nicht abgeschlossen.

Der Femelehauptling Dr. Ruge vor dem Untersuchungsausschuß des Reiches

Seit am Montag seine Arbeiten mit der Vernehmung des 28jährigen Landwirtschaftspraktikanten Straßel fort. Er hat Bauer Ende Januar 1921 in München kennen gelernt und war von ihm aufgefordert worden, ihn auf seiner Reise nach Norddeutschland zu begleiten. Im entscheidenden Augenblick kam Bauer ohne Mißgeschick, weshalb es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Zwengauer und Bauer kam. Straßel war der Meinung, daß Bauer das Geld unterschlagen hätte und wollte ihn deshalb abhassen. Der Zeuge war von Anfang Februar bis zum 6. März im Blücherbund tätig, wo sehr viel zu tun gewesen sei. In München habe politische Hochspannung herrscht, jeden Tag sollte ein Bucher erfolgen, manchmal sogar zwei (!). Mehrfach sei von der Verhaftung der Verräter gesprochen worden, vor allem habe auch Dr. Ruge von der Beteiligung von Verrätern gesprochen. Auf eine Anfrage des Abg. Lept (Soz.) bestätigte der Zeuge, öfters mit Waffen transporten zu tun gehabt zu haben. Dem Abg. Landsherg (Soz.) bestätigte der Zeuge, daß er seinerzeit, als von einer Reise Bauers die Rede war, bereits vermutet habe, daß Bauer durch Zwengauer umgebracht sei. Auf Befragen durch den Abg. Wassiel (Soz.) bezeugte der Zeuge, daß Bauer auf einmal als Spindel bezeichnet worden sei. Der nächste Zeuge, der 30jährige Geschäftsführer Weinbrecht, war amtlich angeheftelt im Blücherbund. Von ihm hat Bauer eines Tages Geld für eine Reise verlangt, das er dann von Berger bekommen habe. Der Zeuge behauptet, daß im Blücherbunde eine Sicherheitskompanie bestanden habe und oft Waffen transporte erfolgt seien. Im Blücherbund seien Verräter nicht bestraft worden, wohl aber im Bund „Oberland“, dem Vorgänger des Blücherbundes. Die Formel hieß: „Verräter verfallen der Feme.“ Der Zeuge bestätigte ferner, daß Bauer als Spindel galt und in letzter Zeit zu Aufträgen nicht mehr verwendet worden ist. Zwengauer habe ihn einmal erwischt, bei der Marine seien Leute einfach über Bord geworfen worden. Auf Vorhalt des Vorsitzenden erklärte der Zeuge, wie die Gebrüder Berger der Auffassung zu sein, daß man die Freunde und Kameraden treue auch vor Gericht zu halten und selbst unter dem Eid Verschwiegenheit zu wahren habe. Der Vorsitzende verweist den Zeugen dennoch wiederholt ernstlich bei seinen Aussagen auf die Eidespflicht und die Folgen ihrer Verletzung.

Der Zeuge Humiller bezeugte, Bauer sei am 7. Februar und am 15. Februar Zwengauer durch schriftlichen Befehl zu Dr. Ruge kommandiert worden. Dr. Ruge habe auf dem Standpunkt der tatsächlichen „Erledigung“ durch Tötung gestanden. Ruge wolle auch eine Fiktion gründen und sich selbst an die Spitze stellen, um die Leute durch Befehl zu befehligen, die erledigt werden müssen. In aller Deutlichkeit sei auch erklärt worden: Jetzt gehe es bald los mit dem „Erledigen“. Aus dieser Stimmung heraus seien einzelne, z. B. Zwengauer, zu ihrer Tat gekommen.

Der 26jährige Telephonist Franz Straßer bezeugte, daß Puttkamer bei einer Uebung für 40 Mark an Bier bezahlt habe. Für einen Brief von Ruge habe Puttkammer ihm, dem Zeugen, 1000 Papiermark gegeben. Einmal sei Puttkamer mit Bauer nach Kassel gefahren.

Der Zeuge Privatdozent Dr. Ruge, (in Oberhessen unter dem Namen „Geheimrat Berger“ aufgetreten) im Anfang 1923, als er seiner Stellung an der Universität Heidelberg enthoben worden war, nach München übersiedelt, das damals die Hoffnung aller vaterländisch Gesinnten (!) gewesen sei. Im Blücherbund sei er aufklärend (!) tätig gewesen und habe zusammen mit Schäfer den Gründungsvertrag gefaßt, wobei ziemlich blutdürstig davon gesprochen wurde, die Waffen müßten sich wieder röhren“. Der Zeuge äußert sich über den Ursprung und die Bedeutung der Feme, der „heiligen Feme“, einer Organisation, die richterliche Urteile fällt und auch selbst ausführe, aber nicht morde. (!) Beim Blücherbund habe eine Feme aber niemals bestanden. Zwengauer sei nicht der Mörder Bauers, sondern Schäfer. Er habe die Tat zwar selbst zugegeben, es gebe eben noch Leute mit heilichem Geist, die Kameraden treue hielten. Aber gleich darauf erklärt der Zeuge, Zwengauer habe ihm nach einigen Tagen mitgeteilt, er habe Bauer erschossen. Am Schluß erklärt der Zeuge plötzlich, Femeorganisationen seien nicht vorhanden, aber im Blücherbund habe eine Femeorganisation bestanden, deren Haupt Schäfer war. Der Zeuge blieb unvereidigt, der Ausschuß vertagte sich auf Dienstag.

Aus dem Reiche.

Der Kruppdirektor und frühere deutsche Botschafter in Washington, Dr. Wichfeld, verstarb am Montag Morgen um 11 Uhr in Essen. Der Verstorbenen litt schon seit Monaten an Bluthochdruck, so daß bereits mehrfach Blutübertragungen vorgenommen werden mußten.

Die Bestätigung Dormüllers als Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft wurde am Montag abend in einer Besprechung der Reichsregierung erörtert, nachdem der Reichskanzler am Vormittag eine Aussprache mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Reichsbahn, Herrn von Siemens, gehabt hatte. Die Bestätigung ist, wie wir erfahren, davon abhängig gemacht worden, daß in einer Reihe kritischer Fragen eine Einigung zwischen der Reichsbahngesellschaft und der Reichsregierung erzielt wird. Die Entscheidung in der Bestätigungsfrage wird deshalb erst in einigen Tagen fallen.

Der Prozeß gegen die kommunistischen Bahnhäuser. Am Freitag begann vor dem 4. Strafenat des Reichsgerichts die angekündigte Hauptverhandlung gegen vier Mitglieder der kommunistischen „Bahnhäuser-Zentrale“. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, von 1923 bis 1925 in Berlin und anderen Orten das hochverräterische Unternehmen gefördert und zu einem gewalttätigen Umsturz vorbereitet zu haben. Gleichzeitig sollen sie zu diesem Zweck eine „Bahnhäuser-Zentrale“ geleitet haben, in der für kommunistische Führer und Personen, die wegen politischer Vergehen polizeilich gesucht wurden, gefälschte Auslandspässe angefertigt wurden. Es erhielten u. a. Passé: Ruth Fischer, Brackler, Bied, Roenen, Thälmann u. a. sowie mehrere aus dem Tscheka-Prozeß bekannte Persönlichkeiten, darunter Fritz Neumann und Böge. Die Bahnhäuser-Zentrale wurde ausgedehnt. Der Leiter, Ingenieur Prinz, war geflüchtet. — Die Angeklagten wollen nicht zugestehen, daß es sich um falsche Pässe und Fälschungen handelte. Sie wurden aber verurteilt, und zwar erhielten Verboldt 4 Jahre Zuchthaus, Breithaupt und Meißner je 2 Jahre 9 Monate Gefängnis und Palemann 2 Jahre 3 Monate Gefängnis. Bei Verboldt wird 1 Jahr Zuchthaus, bei den anderen Angeklagten werden je 6 Monate Gefängnis als durch die Untersuchungsart verbüßt angesehen.

Eine Klage des Reiches gegen Preußen abgewiesen. Der Staatsgerichtshof verhandelte am Sonnabend unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons in der Rechtsredung des Reichsgerichts, vertreten durch den Reichsjustizminister, gegen Preußen, vertreten durch das preussische

Staatsministerium. Das Reich klagte auf Heberzeugung von zwei Ministerialgebäuden in der Leipziger und in der Wilhelmstraße in Berlin, die dem preussischen Verkehrsministerium gehören, in denen aber auch Abteilungen des Reichsverkehrsministeriums untergebracht sind. Nach längerer Verhandlung wies der Staatsgerichtshof die Klage des Reiches ab und stellte ihm anheim, auf dem Verhandlungswege die Streitfrage mit Preußen zu regeln.

Manuskript für Ruth Fischer. Aus Moskau ist unter dem 22. Juni gegen Ruth Fischer ein Beschluß des Präsidiums des „Ertz“ (Exekutiv-Komitee der kommunistischen Internationale) ergangen, der auf gemeinsamen Vorschlag der deutschen und der russischen Parteileitungen gefaßt wurde. Dieser am Sonntag in der „Roten Fahne“ publizierte Beschluß stellt fest, daß Ruth Fischer ohne Erlaubnis Russlands verlassener hat und nach Deutschland zurückkehren sollte. Bereits am 31. März war beschlossen worden, daß die Genossen Ruth Fischer jetzt nicht in die deutsche Arbeit zurückkehren sollte, und am 8. Juni war „die Genossen Ruth Fischer darauf aufmerksam gemacht“ worden, daß falls sie ohne einen Beschluß des Präsidiums des Ertz nach Deutschland abreisen wird, dies als ein Disziplinbruch sowohl gegenüber der kommunistischen Partei Deutschlands als auch gegenüber der kommunistischen Internationale betrachtet wird. Jetzt, da Ruth Fischer diesen „Disziplinbruch“ begangen hat, wird sie ihrer verantwortlichen Funktionen in den Komiteen entbunden, und es ist ihr bis zum erweiterten Plenum des Ertz jegliches Auftreten für das Ertz verboten. Dem Zentralkomitee der deutschen Partei wird die Ergreifung von Maßnahmen empfohlen, und schließlich wird „die Genossen Ruth Fischer davon in Kenntnis gesetzt, daß im Falle weiterer Disziplinbrüche ihrerseits die Komiteen sich veranlassen werden, noch strengere Maßnahmen zu ergreifen“. — Ruth Fischer ist als Frau Gohle Mitglied des Reichstages. Es fällt auf, daß das Zentralorgan der deutschen Partei erst am Tage nach Schluß der Reichstagsession den Beschluß veröffentlicht.

Die polnischen Sozialisten gegen die Verfassungsreform der Pilsudski-Regierung

Warschau, 6. Juli. (Eigener Funterbericht.) In der Sejmdebatte über die von der Regierung Bartel eingebrachten verfassungsändernden Gesetzentwürfe hielt der Abgeordnete Genosse Dajnycki, der als persönlicher Freund Pilsudskis gilt, eine scharf ablehnende Rede, die großes Aufsehen erregte. Dajnycki stellte im Namen der Sozialistischen Fraktion den Antrag, auf die erste Lesung des Gesetzentwurfes zu verzichten. Er stellte Pilsudski in Gegensatz zu seinen Beamten. Die Vorschläge der Rechtsparteien seien revolutionär und die der Vertreter der Matrevolutionäre reaktionär.

Die Rede Dajnyckis hat einen tiefen Eindruck gemacht, um so mehr, als auch der Redner der Nationaldemokraten die Vorschläge der Regierung scharf kritisierte.

Der Krafauer sozialistische „Kaprjod“ unterzieht die Rüstungspläne der polnischen Regierung einer scharfen Kritik. Zwischen den friedfertigen Bestrebungen des Außenministers und den Bestrebungen der Militärs, wie sie neuerdings in einem Artikel des Pilsudski nahelebenden „Kurjer Poranny“ zugrunde gelegt seien, bestehe ein scharfer Gegensatz. Die Heeresleitung dränge zu einer großzügigen Kriegsvorbereitung, die durch Abschaffung der entsprechenden Maßnahmen auf die verschiedensten Zweige der Staatsverwaltung verschleiert werden solle. So würden die Rüstungspläne auf mehrere Ministerien verteilt, bis unpopuläre Rüstungsausgaben wolle man bloß zu einem Teil im Budget des Kriegsministeriums erscheinen lassen, um sie im übrigen in verschiedenen anderen Ertis unterzubringen. Auch die Rüstungsindustrie solle unter verschiedenen Deckmanteln gefördert werden. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes werde strategischen Gesichtspunkten unterworfen u. dergl. — Der vom sozialistischen Blatt angegriffene „Kurjer Poranny“ erklärt seinerseits, daß die Vertrauenslosigkeit, die durch die angebliche Unmöglichkeit eines neuen Krieges und durch die Hoffnungen auf den Völkerbund „suggeriert“ werde, ein Ende finden müsse. Angesichts der geographischen Lage Polens und der „bekanntesten Intentionen seiner Nachbarn“ müsse sich jeder Staatsbürger von der Heberzeugung durchdringen lassen, daß die beste Friedensgarantie in der Bereitschaft zur Abwehr einer Invasion liege.

Aus aller Welt.

Die Unwetterkatastrophe.

Die am Sonntag nachmittag das Nilsche Sees und Ausflugsgebiet Groß-Berlins heimgesucht hat, ist die Schwerkste seit 40 Jahren. Die Zahl der Todesopfer ist inzwischen auf 14 gestiegen, die Zahl der Verwundeten beträgt rund 80. Zunächst war kritisch, ob der Einsturz einer Mauer durch einen Blüchschlag oder durch den Druck der Wassermassen erfolgt ist. Eine Lichtkommission hat am Montag vormittag festgestellt, daß die ungeheuren Wassermassen, die den Berg in Woltersdorf herabstürzten, die Mauer einbrachten. Allerdings besteht die Möglichkeit, daß zahlreiche Blüchschläge, die in nächster Nähe hintereinander einschlugen, noch wesentlich zur Erschütterung der Mauer beigetragen haben. Es steht jedoch fest, daß in die Unglücksstelle selbst der Blitz nicht einschlugen hat. Als Todesursache wurde Ersticken unter den Trümmern oder Schläge durch festgefesselt. Die Berliner Feuerwehr hatte zehn Rettungszüge nach der Unfallstelle entsandt, die jedoch, da die Straßen teilweise 1 1/2 Meter hoch unter Wasser standen oder meterhoch weggerissen waren, nur auf großen Umwegen nach Woltersdorf gelangen konnten. Der Oberbranddirektor blieb auf der Fahrt stecken und kam nur mit Hilfe eines Motorbootes weiter. Von der Gewalt des Unwetters kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man hört, daß in 24 Orten die Licht- und Fernspreleitungen zerstört und die Elektrizitäts- und Wasserversorgung unterbrochen wurden. Die Menge der niedergehenden Wassermassen verursachte im Laufe des Sonntag abend ein Steigen des großen Müggelsees um 20 Zentimeter.

Neun Berliner Selbstmorde und Selbstmordversuche am gestrigen Montag.

Nicht weniger als neun Selbstmorde bzw. Selbstmordversuche waren am gestrigen Tage in Groß-Berlin zu verzeichnen. In fünf Fällen konnte noch Hilfe geleistet und die Lebensmüden in Krankenhäuser übergeführt werden. Die Motive sind in vier Fällen Familienstreitigkeiten, in einem Falle Schwermut.

Geldschrankbruch im Mitteleuropäischen Reisebüro.

In der Nacht zum Montag wurde in die größte Zweigstelle des Mitteleuropäischen Reisebüros am Berliner Potsdamer Platz ein verwegener Einbruch verübt. Eine Kolonne erbrach zwei eiserne Geldschränke, jedoch fiel ihnen nur eine unbedeutliche Beute von etwa 200 bis 250 Mark in die Hände. Die außerordentlich hohe Einnahme vom Sonnabend war bereits an die Bank abgeführt worden.

Eröffnung der Jugipis-Bahn.

Bei Sonnenschein und Nebelwolken um die Felsengipfel des Weitersteins fand am Montag um die Mittagstunde in der im idyllischen Bergwald gelegenen Lokstation Obermoos die Eröffnungsfahrt der Jugipis-Bahn statt. Der Festakt wurde eingeleitet mit einer kräftigen Fete, an die eine Ansprache des Präsidenten der Jugipisbahn-Gesellschaft, Bürgermeister Dr. Stern aus Reutte, sich anschloß. Er betonte dabei, daß die Jugipisbahn hervorgegangen sei aus den Erfahrungen, die man mit der Selbstbahnzeit während des Krieges in den österrätischen Alpen vom Dr. Karst gemacht hatte. Stern schloß mit einem Dank an die Erbauer und vor allem an die Arbeiter, die mit unübertroffenen Mühen und Plagen ihre besten Kräfte für die Vollendung des Wertes eingesetzt haben. Die Jugipisbahn sei ein leuchtendes Denkmal der Einheit und Kraft der beiden Reiche deutscher Nation. Beschlüßwörter des deutschen Gesandten in München als Vertreter der Reichsregierung enthielten u. a. den Wunsch, die Bahn möge ein weiteres Bindeglied sein zwischen den Ländern der verschwiegenen deutschen Nation. Im gleichen Sinne sprach auch der österreichische Bundesminister Schürff.

Ursachen und Folgen des Pariser Eisenbahnunglücks.

Bei dem letzten französischen Zugunglück sind bisher 18 Tote und 73 Verletzte geborgen worden. Die Schwere der Katastrophe ist dadurch zu erklären, daß der Zug mit einer Stundenleistung von 90 Kilometer fuhr. Die bisherigen Nachforschungen haben ergeben, daß der Lokomotivführer, geblendet durch die zahlreichen Witze des Unwetters, die vorwärtsmäßig auf langsame Fahrt stehende Signale übersehen hat und den Zug in voller Fahrt durch eine Kurve auf einen sonst von diesem Zug nicht benutzten Nebenzug führte.



Zarte, nervöse Frauen

Nur allzu leicht erschöpft sommerliche Hitze. Wie unvorsichtig ist es deshalb, das Flakon mit der köhlischen 4711 nicht stets zur Hand zu haben. Spielend läßt über schwüle Stunden die kühlende, belebende 4711 hinweg, eingerieben in Stirn, Schläfen und Nacken.

Man bestimme sich indes nur der gen. 4711 (Eis-Gold-Ethanol). — Seit 1792 stets in der gleichen, unveränderten Güte nach althergebrachtem Original-Rezept.

4711 Kölnisch Wasser

Druckerei Volkswacht

BRESLAU 2
Flurstraße 4/6

übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.

Spezialität:

Massenaufgaben

(Kontingenzverträge)

Urania

15 Monatshefte
mit 4 Bänden

Das Universal-Liederbuch

Es enthält alle die schönsten Lieder der Deutschen

Liederbuch

des Reichstages
Schwarz-rot-gold
mit 200 Liedern
Preis 20 Pf.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands.
Am 3. Juli verstarb unser Verbandskollege, der
pops. Weckholler 2387

Andreas Kühn

(vom W. A. 3) im Alter von 73 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Dienstag, nachm. 1/2, 4 Uhr, vom Trauer-
hause in Kl. Gaudau nach dem Friedhof Kl. Mochbren.

Begräbniskasse G. W. O.

Unser Mitglied
Frau Scholz

(ist gestorben).
Beerdigung: Mittwoch nachmittags 4 1/2 Uhr
von Dürgoy aus. 457

Deutscher Verkehrsbund.

Am 5. Juli verstarb unser Mitglied, die Hausmeisterin

Anna Häckel

im Alter von 51 Jahren. 2586
Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau
(Abteilung Hausmeister u. Hausangestellte).
Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle II des Oswitzer Friedhofes.

Außerstande, jedem einzelnen für die be-
weisene Teilnahme anlässlich des Heimanges
meines lieben Mannes zu danken, sage ich an
dieser Stelle den vielen Tausenden, die ihn auf
seinem letzten Wege begleiteten, gleichzeitig
auch für die zahlreichen Kranzspenden, meinen
Innigsten Dank.

Insbesondere danke ich den Rednern der
Sozialdemokratischen Partei und
des Reichsbanners „Schwarz-Rot-
Gold“ für die tröstlichen Worte am Grabe
des Verstorbenen. 454

Im Namen aller Hinterbliebenen:
Anna Doktor, geb. May.

Meisterboxer



Franz Diener
nimmt jeden Morgen eine
Pfeife Stuwkamp Salz

schreibt uns wörtlich:
„Ich nehme Stuwkamp-Salz regelmäßig und bin
überzeugt, dass es dazu beiträgt, den Körper elastisch
und leistungsfähig zu machen. Franz Diener.“
Ähnlich äußern sich viele prominente Sportleute wie:
Hellbrink, Wittig, Lorenz, Bahn, Bauer, Haymann, Samson-
Sänger, Breitensträßer, Frenzel, Naujok, Heise, Otto
Schmidt, Hans Luber und viele andere mehr, der beste
Beweis für unsere Behauptung, dass

STUWKAMP-SALZ

ist bewährte Wächter Ihrer Gesundheit ist.
Original-Packungen in M. S.- und M. Z.- in allen
Apotheken und Drogerien erhältlich.
Generalvertretung: Frill & Bräumer, Breslau 2,
Mauritiusstraße 22, Fernsprecher Ring 8314

**Saison-
Ausverkauf!**

Leinen-, Baumwoll-
waren, Washstoffe
und
Waschbekleidung
zu den billigen
Ausverkaufspreisen

**Extra-
Angebote**
in allen
Abteilungen!

Bestellen Sie
unsere Schaufenster!



Schauspielhaus.

Operettenbühne. 13029
Tel. Stephan 37 600.
Täglich 4 Uhr:
„Die verkaufte Frau“
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Der Orlow“

**Schlesisches
Landesorchester**
Neu! Dienstag 4 Uhr:
Nachmittag-
Südparkkonzert
Leit. Mundry. Eintr. 30 Pf

Handwerker (Parteiengasse),
80 J., m. 4 nach schulpf. Kind,
f. Karatell. Lindelebe-Gefährt.
o. angen. Weib. u. mögl. m. Er-
sparn. (Witwe ohne Anh. nicht
ausgeschl.). W. b. 45 J. Off. u.
St. 329 a. d. Weichselstr. d. 31g.

Reinigt das Blut!
Sorgt für Verdauung!

durch Hennigson's mit
Kräutern versüßten
Birtenrinden-Tea

Fördert u. befestigt Stoffwechsel
zu haben in allen Apotheken.

Stets erhältlich
in der Apotheke zur Hygiene,
Lauenberg, Ecke Grünstr.,
Görche-Apotheke, Matthias-
straße 128, Humboldt-Apo-
theke, Höfchenstr. 74, Bären-
Apotheke am Sonnenplatz,
Köhren-Apotheke am Blü-
cherplatz, Marktmarkt-Apo-
theke am Ring 44. 13229

B. Wollherge

M. 1.40-2.00 M., Käper
M. 70 Pf., Seimwand M. 45
Pf., bis 1.30 M., Kermel-
futter 90 Pf., bis 1.30 M.,
Wam 1000 Meter in allen
Warten 35 bis 80 Pf.
Oberstraße 23 Pf.
Berthold Lippert,
Heinrichstraße 16.

Von aufgel. Geschäft
einige Gabardine - Anzüge
29 M., Brechesholen 4.50,
Stoffhosen 3.50 M., verkauft
Bittoriastraße 14, 2. Etg., 1.

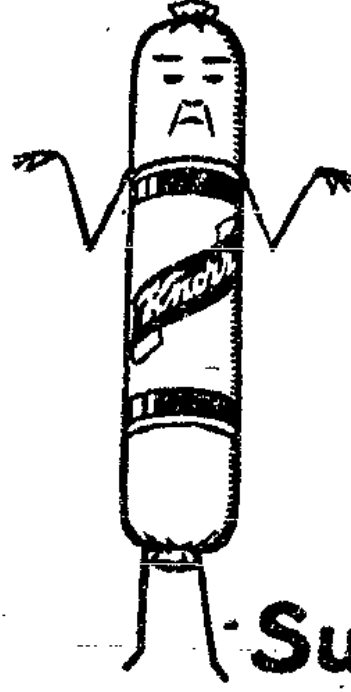
Auch in der größten Hitze sollen Sie
Ihren Film nicht entbehren!
Gehen Sie ins angenehm kühle

Bufl-Filmtheater im Konzerthaus

Direktion: Bufl-Film G. m. b. H. Orchesterleitung: Nowak.
3 Extra-Aufführungen!
Justizmord!!

Der der Indizienbeweis zu einem Todesurteil führen?
Sehen Sie den ungewöhnlich packenden Film
„Unschuldig zum Tode verurteilt“
(Der elektrische Stuhl)
und Sie werden erschüttert sein vom Schicksal dieser Unglücklichen.
Hauptdarstellerin die bekannte Mary Carr aus dem Weltfilm „Mutter“

Ferner: „Salamander Ex“
nach dem bekannten Studenten-Roman von Urecht.
Im Bei- „Matrosenstreiche“ mit Joe Rock im Verleih Bufl-
programm: Film G. m. b. H.
Anfang 4 1/2 Uhr. — Letzte Vorstellung 8 1/2 Uhr.



Man rühre
mich kalt an

und lasse mich dann 20 Minuten kochen.
Aldann verwandle ich mich in 6 Teller
hochfeine, schmackhafte Suppe. Meine
Familie besteht aus den Sorten:
Erbs fein, Erbs mit Speck, Erbs mit Reis
Blumenkohl, Spargel, Tomaten, Grünkern,
Pilz, Ochsenchwanz, Krebs, Teigwaren.
Dabei bin ich so billig! Jeder Kaufmann
hat mich.

Knorr
Suppen in Wurstform

**SOMMER-
AUSSTELLUNGEN
BRESLAU
1926**

AUSSTELLUNGSHALLE
SCHEITNIG
**KUNST UND KUNSTGEWERBE
AUS ÖSTERREICH UND SCHLESSEN**

JULI - OKTOBER
Eröffnung: Sonnabend, d. 10. Juli
offiziell: Vormittags 11 1/2 Uhr
für das Publikum um 1 Uhr.

Berücksichtigt unsere Zuererenten!

Fahrräder! Fahrräder!

und Zubehörsteile bedeutend ermäßigt!
Herren-Spezial mit Freilauf v. Mk. 65.— an
Damen-Spezial mit Freilauf v. Mk. 78.— an
Triumph, Göricks, Mita, Opel, Dürrkopp uv.
Die besten Fahrräder für Sport und Beruf!
Schläuche 1.45, Mantel 3.40, Gebirgsd. v. 5.— an
Pedale 1.75, Ketten 1.75, Sattel v. 3.25 an
Fahrradhaus A. P. Hagendorf, Bismarckstr. 28.

Schniesenfel, 2-10 Pf.,
Lippert, Heinrichstr. 16. 10115
Fahrräder **Grad** - 12637
Gummi :: Zubehör **Herm. Mohaupt**
verkauft billig **Karlstraße 1, l. Tel. N. 1301**
Geler **Freiburger Str. 16**
Freiburger Str. 16
Buchdruckerei Volkswacht
Reihweise elegante
mit Kirschbaum,
mit Kirschbaum,
mit Kirschbaum, alles
gut erhalten, billig zu verk., da
übermäßig. Pfl., Karntstr. 19, l.

**Herr Buchhändler!!
Was Spannendes!!!**

Ja, bitte!
Elbestadt
Kriminal - Romane!
Sehr spannend und
doch auch wertvoll!

Das Orchester der Madame Fournier. (284 Seiten.)
Der vierte Mann. (245 Seiten.)
Tausend Eisen im Feuer. (267 Seiten.)
Der Tod kehrt im Hotel ein. (268 Seiten.)
Lizka. (307 Seiten.)
Der eiserne Wagen. (227 Seiten.)
Montrose. (207 Seiten.)
Der kleine Blane. (245 Seiten.)

Jeder Band (halbbanden gebunden)
2.50 Mk.
Ausschnitt möglich 50 Pf. Porto pro Band

Wir suchen Mädchen und Frauen
mit Schuhgrößen 35-38 und bieten diesen während unseres
Saison-Ausverkaufes
ab 5. Juli 1926 zu effektiven Verlustpreisen

Schwarze Crevrasse Damen - (35-38), 1 u. 2 Spangen, Pumpe- und Schnürschuhe	6 95	Schwarze Wildleder - Damen - Spangen- schuhe (35-37)	6 95
Schwarze leinwand Wildled.-Dam.-Spangen- schuhe, Pumpschuhe (36-37)	2 95	Grüne Leinwand - Damen - Kreuz - Spangen- schuhe (39-40)	2 95

Ferner einige 100 Paar
1a weiße Leinen-Damen-Schnürschuhe in fehlerfreier Beschaffenheit ohne und mit
Derby-Absatz amerikanisch, Größe 35-42 **1 95**
Vom Guten das Beste **Ausverkaufspreis**

Für jeden Käufer Ferner: **Nur ein Paar!!!**

Mittelfuß-Hauschuhe mit Ledersohle, gestiftet, für Damen, 36/42 (für Kinder 24/30 & Paar 0.88, für Mädchen 31/35 & Paar 0.95, für Herren 40/46 & Paar 1.48)	0.95	Leinwand-Damen-Hauschuhe alle Größen 36-42, div. Farben	1 25
Halbschuhchen mit Ledersohlen 25-30 31-35 36-42 nur	0.95	Ledersadalen 36/42 schwr. 26-30 31-35	3 75
Sandalen kariert Segeltuch 36/42 Ledersohlen 22-26 27-30 31-35	1.95 2.25 2.55	2 95	
Flüsch Frauen- und Männer-Pantoffel (43/46 nur 1.75)		Ledersohle gest. 36/42 1.35	

Sensationell billige Angebote
in Herren-, Damen-, Knaben-, Mädchen- und Kinder-Schuhwaren aller Art.

Der **Schuhhof**
mit Schmiedebänke **nur 20 a**

Volkswacht-Buchhandlungen
Neue Graunstraße 5 • Neue Fochstraße 11

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 6. Juli.

Wie man Mörder fängt.

Ueber diese Frage macht Kriminaldirektor Dr. Weich in der 'Schlesischen Zeitung' vom 4. Juli bemerkenswerte Ausführungen, die wir hier auszugsweise wiedergeben. Red. Immer, wenn die Kriminalpolizei die Aufklärung eines Kapitalverbrechens mißlingt, belommt sie herbe Vorwürfe zu hören. In Wort und Deed werden fürnende Worte der Kritik laut. Ob diese Vorwürfe im einzelnen berechtigt sind oder nicht — die angegriffene Polizei wird sie stillschweigend als verständliche Quittung für ihren kriminalpolizeilichen Mißerfolg hinnehmen, ohne in übertriebener Empfindlichkeit jedem kritischen Wort eine Antikritik entgegenzusetzen. Jener grausame Mordmord hat die Deutlichkeit, wie mir scheint, besonders aus dem Grunde so stark beunruhigt, weil jedermann glaubt, ihm könne täglich das Gleiche geschehen. Er laufe Gefahr, wenn er keine Kinder des Nachmittags zu einer kurzen Besorgung wende, daß die Kinder spurlos verschwinden und von nie zu ermittelnden Tätern abgeschlachtet werden. So hoffnungslos liegen die Dinge aber nicht. Wie die bisherigen Ermittlungen in Breslau ergeben haben, war der ermordete junge Fresse keineswegs ein harmloses, unschuldiges Kind. Er bewegte sich vielmehr in einem typischen 'Gannoven-Milieu' und verkehrte mit bösen Schiebern, Verbrechern und besonders auch Homosexuellen. Für allerhand irdisches Gesindel, das seines Lebens Mittelpunkt in einer verfallenen Kaffeebar und in einem dunklen Hausflur hatte, besorgte er Gänge der verschiedensten Art. In diesem 'Gannoven-Milieu' werden wahrscheinlich auch die Täter zu suchen sein.

Die Kriminalpolizei in Breslau richtet infolgedessen auch ihr Hauptaugenmerk darauf, alle die dunklen Gestalten jenes Gannovenkreises eingehend unter die Lupe zu nehmen. Welche Hilfe milderer kriminalistischer Kleinarbeit zu diesem Zwecke aufgewandt wird, davon habe ich mich persönlich dieser Tage in Breslau überzeugen können.

Presse und Publikum sind die wirksamsten Bundesgenossen der Kriminalpolizei, das zeigt nicht nur der jüngste Wiener Fall, sondern das lehrte die Kriminalpraxis aller Zeiten und aller Länder.

Im Breslauer Fall hatte die Kriminalpolizei noch eine ganz besondere Veranlassung, sich mit einem Aufruf zur Mitarbeit an das Publikum zu wenden. Die Empörung über die Mordtat hatte bei der Bevölkerung selbst das Bestreben ausgelöst, praktische Mitarbeit zu leisten. Turn- und Sportvereine sowie sonstige Verbände hatten ihre Mitwirkung zur Durchführung von Streifen und ähnlichen Maßnahmen bei der Polizei angeregt. Da erschien es zweckmäßig, die Bereitwilligkeit privater Kreise zur Mitarbeit in geordnete Bahnen zu leiten, die zugleich eine Unterstützung der kriminalistischen Ermittlungen verbriefte.

Was den Breslauer Mordfall betrifft, so braucht man bisher freilich noch nicht mit einem Fehlschlag des kriminalpolizeilichen Mühe zu rechnen. Arbeitsfleiß und hoffnungsvoll sind die Kriminalisten in Breslau bei der Arbeit, und optimistisch wies mich Kriminalrat Gennat darauf hin, daß er bei einem verwirklichten Mordfall, den er vor noch nicht gar zu langer Zeit in der Provinz Schlessen bearbeitet hatte, erst nach drei Monaten zum Ziele gekommen sei.

Ueber Aufreizung zum Massenmord

besteht sich das Rapporgan, die 'Schlesische Zeitung', weil wir die Stahlhelmspist und ihre Schutzpatrone, zu denen natürlich auch die 'Schlesische Zeitung' gehört, beim richtigen Namen genannt haben. Nach der Logik dieses Blattes kann man ein ganz gewöhnlicher Mordhube sein, hat man das 'Glück' irgend einer Stahlhelmspist anzugehören, bleibt man trotzdem ein anständiger Kerl. Diese deutschnational-deutschvölkische Logik ist es, aus der heraus jene Mordabschlägerei geboren wird, deren Auswirkungen sich in der vorigen Woche bei uns zeigte. Der Mörder Magiera, als auch anderer Mordgeflüchter, ist bei der 'Schlesischen Zeitung' in guter Hut, das braucht uns von dieser Seite nicht besonders verunsichert zu werden. Wäre es anders, dann ginge das gegen die deutschnational-völkische Ideologie. Die aber ist zu bekannt, als daß man die Züchtung des brutalen Gewaltgedankens dort drüben noch besonders betonen muß. Es ist eine Lämelle ohne Gleichen, wenn das Blatt aus unserer Abhebung der Verantwortung für etwa kommende Dinge die indirekte Aufforderung zur Gewalt herauszulassen sich bemüht. Man weiße der Sozialdemokratie nur einen einzigen Fall nach, wo dies jemals geschehen wäre.

Von der Schändung des Grabes unseres Genossen Doktor hat die 'Schlesische Zeitung' bis heute nicht Notiz genommen. Wohl aber bezeichnet sie seine Beerdigung als einen 'großen Rummel'.

Wir hängen diese Gemeinheit nur niedriger als Kennzeichnung der Gesinnungslosigkeit jener Presse, durch deren vergiftenden Einfluß völkisches Mordgesindel zu Ergeßen schreitet, die von der gleichen Presse dann totgeschwiegen oder noch beschönigt werden.

Einem solchen Blatt steht dann die künstliche Erzeugung über angeblich von Reichsbannerleuten und roten Frontkämpfern an Stahlhelmen verübtem Terror wirklich ausgezeichnet zu Gesicht. Wie solche deutschnationale Terrorgeschichten entstehen, ist zur Genüge bekannt. Die 'Schlesische Zeitung' ist für solche Märchen eine besonders gute Fabrik. Diesen Ruhm muß man ihr lassen.

Tätigkeit der Preisprüfungsstelle.

Im Monat Juni sind bei der Preisprüfungsstelle, an den Mühlen 4 (Ende der Herrenstraße hinter dem Wasserzastwert) 79 Beschwerden von Privatpersonen und 16 Anfragen auswärtiger Behörden eingegangen. Polizeipräsidium und Gerichtsbehörden haben 305 Gutachten erfordern. 28 Eingänge wurden an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Erledigt wurden (einschließlich Sachen aus den Vormonaten) 78 Beschwerden von Privatpersonen, 19 Anfragen auswärtiger Behörden und 275 Gutachten für Polizei und Gerichte. Die Anzeigen und Beschwerden richteten sich in der Hauptsache gegen Leistungswucher jeder Art, insbesondere zu hohe Miets- und Abstandsforderungen für Wohn- und Geschäftsräume und möblierte Zimmer, sowie übermäßige Zinsforderungen, besonders durch private Darlehensgeber, endlich Ueberforderungen für handwerksmäßige Leistungen. Die Anzeigen und Beschwerden wegen Preiswuchers betrafen hauptsächlich verschiedene Gebrauchsgüter und Haushaltsgegenstände, Bekleidung, Kolonialwaren, Fleisch, und Wurstwaren, Brot, Semmel, Butter, Gemüse und Obst, sowie Speisen und Getränkepreise in Gastwirtschaften. Auch mangelhafte Preisauszeichnung wurde wiederholt festgestellt. Die Preisprüfungsstelle macht darauf aufmerksam, daß Antwort an die Beschwerdeführer nur dann erteilt werden kann, wenn Freimarken dafür beigelegt werden.

Ausfall von Ferienonderzügen.

Die Preisstelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Die Reichsbahndirektion gibt bekannt, daß wegen nicht ausreichender Beteiligung die Ferienonderzüge vom 10. bis 20. Juli 1926 nicht ausgeführt werden können. Die Reisenden werden aber an beiden Tagen mit dem etwa eine Stunde zu gleichen Bedingungen fahrenden ZW 44 befördert, für welchen die ZW 44 am betreffenden Tage gelassen. Freimarken gelten. Näheres ist auf den beteiligten Bahnhöfen zu erfahren.

Das Kinderelend in Breslau.

Auf Veranlassung des Ausschusses für Kinderpeisung in der Provinz Niederschlesien und im Einverständnis mit dem Regierungspräsidenten zu Breslau wurde zu Beginn dieses Jahres in allen hiesigen Volks-, Hilfs- und Sammelschulen eine Umfrage und Untersuchung vorgenommen, um einen Überblick über die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verhältnisse der diese Schulen besuchenden Kinder zu erhalten.

Das Ergebnis ist folgendes: Ueber die wirtschaftlichen Verhältnisse wurden 41 822 Kinder befragt. Davon kommen ohne erstes Frühstück zur Schule 703, kein zweites Frühstück erhalten 1004, ein warmes Mittagessen wird nicht regelmäßig verabreicht an 1027, das Bett teilen mit anderen 18 318 und der Ernährer ist erwerbslos bei 7330 Kindern.

Die ärztliche Untersuchung erstreckte sich auf 34 500 Kinder. Nach ihr gehören zur Ernährungsgruppe I (gut genährt) rund 8700, zur Gruppe II (Zusahnernährung erwünscht) 14 600, zur Gruppe III (bringen speisungsbedürftig) 11 200 Kinder.

Einer Berücksichtigung in ein auswärtiges Erholungsheim bedürftig waren schätzungsweise 3450 und in örtliche Erholungsanstalten sollen genommen werden schätzungsweise ebenfalls 3450 Kinder. Besonders gesundheitsfördernde Maßnahmen sind nicht nötig bei schätzungsweise rund 70 Prozent der Kinder. Noch erschütternder ist das Ergebnis eines Berichtes des Schularztes, Professor Dr. Samellon, über die Breslauer 'Lernanfänger', die Zeit von 1920 bis 1924 umfassend. Die Gesamtzahl der von ihm unterrichteten Kinder beträgt 7100, davon waren 3950 Knaben und 3150 Mädchen.

Samellon hat seine Untersuchungen zunächst auch auf Körpergewicht und Körperlänge ausgebreitet, und kommt zu dem Ergebnis, daß für Breslau die Durchschnittsgewichte und Maße unter

der Norm liegen, andererseits die Differenzen an Länge und Gewicht gleichmäßig sind und die Wachstumsverhältnisse den Normalzahlen entsprechen.

Die Arbeit wird dadurch so wertvoll, daß Samellon seine Untersuchungen aber weiterhin auf Tuberkulose und Rachitis ausdehnt und diese beiden Ernährungsstörungen als Maßstab für den allgemeinen Gesundheitszustand der Kinder benutzte. Die Zahl der Breslauer tuberkulösen Schulkinder beträgt rund 2 Prozent. Bei 15 387 der Volks-, Hilfs- und Sammelschulen besuchenden Kindern ergibt das rund 900 tuberkulöse Kinder.

Insgesamt 2181 rachitische Kinder wurden von Samellon festgestellt. Da in Breslau drei Schulärztsbezirke von fast gleich großer Schülerzahl vorhanden sind, muß die Zahl der an Rachitis erkrankten Kinder in nur fünf Schuljahrgängen auf rund 6000 Kinder geschätzt werden.

Es wäre falsch, den schlechten Gesundheitszustand der Kinder lediglich auf unzureichende Ernährung zurückzuführen. Viele andere Ursachen haben mit dazu beigetragen, das geschilderte Kinderelend herbeizuführen, so z. B. der während des Krieges bestehende Kohlenmangel und die damit zusammenhängende Unmöglichkeit, die Zimmer genügend zu lüften und die Kinder haben zu können. Die Schularbeit der Kinder wurde verkürzt, weil die Mütter früh zur Arbeit gehen mußten. Die berufliche Tätigkeit der Mütter brachte die Kinder um den Aufenthalt in frischer Luft. Die Kleidung war mangelhaft. Vor allem haben zu dem sich ergebenden traurigen Gesamtbild beigetragen die ungünstigen klimatischen Verhältnisse und die außerordentlich große Wohn-dichte in Breslau. Der Staub- und Rußgehalt unserer Luft ist auffallend groß und die Wohnverhältnisse in Breslau sind mit am schlechtesten in ganz Deutschland.

Amtsgerichtsrat Josephsen vor dem Schwurgericht.

Der Staatsanwalt beantragt gegen Josephsen 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Bald nun dürfte das Drama um Josephsen herum zu Ende geführt werden. Am gestrigen Tage sprach der Staatsanwalt, der die Anklage gegen Josephsen in vollem Umfange aufrecht erhielt und eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr und 3 Monaten beantragt, sowie 5 Jahre Ehrverlust. In seiner Anklagerede wies der Staatsanwalt auf das Ungemessene hin, daß ein preussischer Amtsgerichtsrat vor Gericht steht, um sich wegen Untüchtigkeit zu einem Verbrechen zu verantworten. Daß sieh sich jedoch nur erklären, aus dem Willen heraus, in dem das Drama wurde. Der Staatsanwalt führte sodann aus, daß der persönliche Eindruck, den die Robestod auf ihn gemacht habe, durchaus günstig sei. Immer sei sie bei derselben Darstellung der Tat geblieben und ihre Schilderung stimme auch mit den Angaben des Angeklagten überein bis zu dem Zeitpunkt, wo die Robestod beginnt, den Angeklagten zu belästigen. Hier bestreitet Josephsen ganz entschieden die Angaben der Robestod. Tatsache ist aber, daß er der Robestod 40 Mark gegeben habe, wie er behauptet, zum Ankauf von Lebensmitteln, obwohl er sie vorher, auch in der größten Not, nie in ähnlicher Weise unterstützt hat. So hat der Angeklagte durch die Eingabe des Geldes den Waffenankauf ermöglicht. Er halte deshalb die Anklage in vollem Umfange aufrecht und beantrage, beim Strafmaß zu berücksichtigen, daß der Angeklagte ein Richter ist, der sich der Folgen seiner strafbaren Handlung wohl bewußt gewesen sei.

Zuletzt trat Marckuse, als Vertreter der Nebenklägerin, Fräulein Hesse, wies darauf hin, daß der sittliche Lebenswandel, den der Angeklagte führte, nicht mit den Interessen seiner Stellung in Einklang zu bringen sei. Alle Frauen, die er kennen lernte, erschienen ihm lediglich zum Zwecke seines Genusses da zu sein. Für jeden sittlich empfindenden Menschen sei er gerichtet. Er beantragte, ihn der Missetäterlichkeit für schuldig zu befinden, da er sich der Robestod nur als Werkzeug bedient habe. Ferner stellte er den Antrag, der, durch die Verletzung erwerbsfähiger Kräfte Hesse eine Buße von 10 000 Mark zuzuerkennen. Fräulein Hesse hatte indessen ihre Aussagen beidigt.

Als erster Verteidiger des Angeklagten sprach Rechtsanwalt Dr. G. r e s s - Berlin, indem er das Los des Angeklagten als geradezu erschütternd bezeichnete und für dessen Freisprechung er eintrat. Justizrat M a m o t h, der zweite Verteidiger des Angeklagten, verwarfte sich in seinen 2 1/2 stündigen Ausführungen dagegen, daß man den Angeklagten als moralisch minderwertig bezeichnet habe, dem auch die Schuld an dem tragischen Unglück der Robestod beizumessen sei. Er ist nicht der brutale Mensch, als der er in der Öffentlichkeit hingestellt wird; er ist vielmehr ein Natur- und Musikfreund und niemand wird einen Stein auf ihn werfen wollen, daß er innerhalb acht Jahren zu drei Mädchen Beziehungen anknüpfte. Wie sollte er denn die Robestod loswerden, die sich wie eine Klette an ihn hing, oder wie sollte er sich einer Frau erwehren, die wie die Hesse ein Dirnenleben führte und daraus nicht unerhebliche Gelder zog. Gerade letztere ist darauf ausgegangen, 3. auszunutzen. Der Angeklagte aber ist freizusprechen nicht nur wegen der Geisteskrankheit der Robestod, sondern auch, weil die Darstellung der Robestod unglaubwürdig ist. So wie die Robestod den Vorgang schildert, kann er sich nicht abspielen haben, denn es hat wohl niemand davon gehört, daß ein Mordplan auf einer Promenadenbank geschmiedet wurde. Es sei ein tragisches Geschick für Josephsen, daß die Robestod in kein Leben trat. Josephsen müsse freigesprochen werden, da er unschuldig sei. — Abends kurz vor 8 Uhr wurde dann die Verhandlung abgeschlossen. Auch heute dürfte noch der ganze Tag ausgefüllt werden, ehe es zu einem Urteilspruch kommt, denn die Verhandlung wird es sich nicht nehmen lassen, sich in längerer Rede selbst zu verteidigen.

Das Urteil ist für heut nachmittags zu erwarten.

In Betrieben, Dienststellen weiterfragen! Abrechnung mit den Stahlhelm-Mordbuben erfolgt morgen Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, durch eine Massen-Kundgebung im Siedewerder. Bürger Dreslaus! Heißt die Stahlhelmspist anstößlich! Erfolge in Massen!

Schulärztlicher Ueberwachungsdienst.

Der kürzlich erschienene Jahresbericht über den schulärztlichen Ueberwachungsdienst an den städtischen Schulen in Breslau für das Schuljahr 1924/25 enthält die Berichte der Stadtschulärzte, der Hilfschulärzte, des Schulaugenarztes und der spezialärztlichen Fürsorgepraktikanten für kranke Kinder im Allerheiligen-Hospital. Aus seinem Inhalte sei folgendes mitgeteilt:

Die Zahl der vom schulärztlichen Dienst erfassten Volks- und Hilfschulkinder betrug 48 278 (25 093 Knaben und 23 185 Mädchen), die 57 Knaben, 56 Mädchen, 26 gemischte Schulen, darunter 12 Hilfschulen für schwachbegabte Kinder und eine Schwerhörigenchule besuchten. Jedes der neu eingeschulten Kinder (2313 Knaben und 1965 Mädchen) wurde einer genauen ärztlichen Untersuchung unterzogen. Hierbei ergab sich eine auffallend hohe Zahl der an Uebererben der englischen Krankheit (Rachitis) betroffenen Uebererben des Knochenstems. Auch die Häufigkeit des Vorkommens schlechter Zähne verdient Beachtung. In gleicher Weise wie die Lernanfänger wurden die nach Abschluß der Schulzeit die Schule verlassenden Kinder (3073 Knaben und 3068 Mädchen) untersucht. Diese Untersuchung ist von besonderem praktischem Werte, weil sie vom städtischen Berufsamt bei der Berufsberatung als Grundlage für die gesundheitliche Einschätzung der zu beratenden Berufsanwärter benutzt wird. Alle übrigen Volksschulkinder wurden in den Klassen einer genauen Besichtigung unterzogen. Nähere Ergebnisse liegen von 24 500 Kindern vor, deren Allgemeinzustand bei 8700 gleich 25,2 Prozent als gut, bei 14 600 gleich 42,3 Prozent als mittelmäßig und 11 200 gleich 32,5 Prozent als schlecht bezeichnet wird.

Die krankheitsverdächtigen oder irgendwie anrüchlichen Kinder, deren Zahl 4284 betrug, wurden nach der Natur des Leidens in mehr oder weniger großen Zeitabschnitten nachuntersucht. 3887 Kinder wurden für einen Erholungsurlaub auf dem Lande, in Einzelstellen, in städtischen Landheimen und im Auslande vorgelegt. Zur Unterbringung durch den Verein für Kinderheilstätten, dessen Vertrauensärzte die Schulärzte seit einer Reihe von Jahren sind, wurden 1004 Kinder ausgeschickt. An den höheren Schulen wurden für eine Reihe von Anstalten, die im Besitze eigener Landheime sind, Schüler und Schülerinnen wenige Tage vor der Abreise in das Landheim einer schulärztlichen Untersuchung unterzogen, um nach Möglichkeit die Verschleppung ansteckender Krankheiten zu verhüten.

Der Bericht weist dann darauf hin, daß die Uebereröffnung der Schulhäuser zur Hebung der Sauberkeit unter der Schulkinderjugend beigetragen hat, daß für mehrere Schulen, deren Schülermaterial aus Straßen mit besonders schlechten Wohnungsverhältnissen stammt, die Einrichtung von Schulbädern vom Schularzt beantragt worden ist und daß die Dehnung der bisher nur im Winter betriebenen Schulbäder auch im Sommer zu erstreben ist. Einen Antrag der Stadtschulärzte für die Schulkinder, die wegen offener Lungen- und Tuberkulose die Schule nicht besuchen dürfen, die aber nicht im Krankenhaus oder in einer Heilstätte verjagt sind, eine besondere Schulkasse einzurichten, hat die Schulverwaltung nicht entprochen. Und doch wird es sich auf die Dauer nicht umgehen lassen, in irgend einer Weise für die Beschulung dieser Kinder zu sorgen, die oft jahrelang keinen Unterricht haben und dadurch bei der späteren Ergriffung eines Berufes schwer geschädigt sind.

Der Bericht der Hilfschulärzte beschäftigt sich mit den 1852 Hilfschulkindern (753 Knaben und 599 Mädchen), deren größere körperliche Minderwertigkeit im Vergleich zu dem Zustande vor dem Kriege beklagt wird. Immerhin zeigt sich eine Hebung des Allgemeinzustandes im Laufe der Schulzeit, Wahnahme von Rachitis, Wirbelsäulenverkrümmungen und Lungenleiden. Der Schulaugenarzt berichtet über 1644 Kinder (858 Knaben und 786 Mädchen), die die Fürsorgepraktikanten für augenranke Schulkinder besucht haben, sowie über die neu eingeführten augenärztlichen Besuche in den Volks- und Hilfsschulen. Als Folge der hierher genannten systematischen Untersuchung hat sich das Fehlen einer Schwachlichtigenklasse für solche Schulkinder, die für die Normalschule zu schlecht, für die Blindenschule aber zu gut sehen, als empfindlich erwiesen.

Was sagt der Magistrat dazu?

Die hiesige städtische Straßenbahn hat ein Straßenbahnnetz und doch haben sich mit der Zeit zwei Klassen herausgebildet. Die Wagen nach Kleinburg führen die neuesten und bequemsten Wagen, außerdem befinden sich jetzt in der Sommerzeit bis zwei offene Wagen in den einzelnen Zügen, ebenso bedorngt werden einzelne andere Straßen nach Scheitling usw. Dagegen sind die Straßen Nr. 11 nach der Matzhasstraße, Gärtenbahn usw. total vernachlässigt. Die ältesten zum Ausrangieren reifen Wagen sind gut genug für diese Straßen; offene Wagen gibt es hier ganz einfach gar nicht und doch wären solche hier am angebrachtsten, weil die betreffenden Straßen nur durch enge Häuserzeilen durchfahren. Warum die Bedorngung der Kleinburg- und Scheitlinger Straßen? Ja, hier wohnt die Hutenclöe dort der Arbeiter. Zahl der Arbeiter mit schlechterem Geilde oder zahl der Arbeiter etwa höhere Taxife? Warum wird auch hier mit zweierlei Maß gemessen?

Eine Neuauflage des amtlichen Preisrechens.

Bei der Neuauflage des amtlichen Preisrechens hat die Preisstelle des amtlichen Preisrechens für den Oberbischöflichen Bezirk Breslau die Preisberechnung auf die Berechnung der am

Gewerkschaftsbewegung.

Die Arbeitslosigkeit in Sowjetrußland.

Unrichtige Berichterstattung über russische Verhältnisse.

Die Berliner „Rote Fahne“ vom 24. Juni dieses Jahres Nr. 144 bringt unter dem Titel „Warum gibt es in Rußland noch Erwerbslose?“ einen Aufsatz, der eine Reihe von unrichtigen Angaben enthält, mit denen sie sich in Widerspruch setzt zu den Mitteilungen der Sowjetpresse. Es wird in diesem Aufsatz behauptet, die Zahl der Arbeitslosen sei Ende 1925 auf 1 Million gesunken. Tatsächlich beziehen sich diese Angaben nicht auf die Arbeitslosenzahl schlechthin, sondern ausschließlich auf die arbeitslosen Mitglieder der Gewerkschaften, denn die Arbeitslosen-Statistik der Gewerkschaften weist 1 Million Arbeitslose auf. Nun bilden aber die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder, wie auf der IV. Plenarversammlung des Zentralkomitees der Gewerkschaften vom Vertreter des Arbeitskommissariats Gindin festgestellt worden ist, nur 55 Prozent der Gesamtzahl der Erwerbslosen (s. „Trud“ vom 10. 6. 28 Nr. 132 und „Materialien“, 5. Lieferung Bl. 2). Die andere Hälfte der Erwerbslosigkeit rekrutiert sich zum größten Teile aus bäuerlichen Elementen, die, wie die „Rote Fahne“ ganz richtig bemerkt, in großer Zahl in die Städte strömen und die Zahl der Erwerbslosen vermehren. Es ist also nicht mit 1 Million, sondern mit 2 Millionen Erwerbsloser gegenwärtig in Rußland zu rechnen was bei einer Gesamtzahl von rund 1 935 000 Industriearbeitern („Ekonom. Obozrenje“, Mai 1928, S. 158) einen riesigen Prozentsatz ausmacht.

Es ist ferner nicht zutreffend, daß es „der Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und den Wirtschaftsorganen im Wirtschaftsjahr 1925 gelungen ist, rund 450 000 Arbeiter neu in den Produktionsprozess einzureihen“. Ein Wirtschaftsjahr 1925 gibt es überhaupt nicht, sondern nur ein Wirtschaftsjahr 1924/25, das sich vom Oktober bis zum Oktober erstreckt. In diesem Wirtschaftsjahr betrug die Listenzahl der Arbeiter in der Großindustrie der Union im 1. Quartal 1 426 928 und im 4. Quartal 1 658 176, was eine Zunahme von 232 248 ausmacht (siehe hierzu „Ekonom. Obozrenje“, Mai 1928, S. 167).

Schließlich wird behauptet, „daß in diesem Jahre bereits die Friedensproduktion über die Schritte in Angriff genommen wird“. Diese Behauptung ist schon von demselben vollständig haltlos, weil für die meisten Industriezweige von nationalwirtschaftlicher Bedeutung, wie z. B. für die ganze Textilindustrie, die Papierindustrie, die Lederfabrikation, die chemische Industrie unter anderem in der Vorkriegszeit eine Produktionsstatistik überhaupt nicht vorhanden war. Aus diesem Grunde beruhen alle Veranschlagungen der gegenwärtigen Produktionsergebnisse mit der Vorkriegszeit wahrscheinlich auf Schätzungen der Vorkriegszeit, die an deren Richtigkeit man begründete Zweifel hegen muß, weil es ganz unmöglich ist, etwa auf Grund der Leistungsfähigkeit der Werke und der Zahl der beschäftigten Arbeiter eine einigermaßen sichere Unterlage für das tatsächliche Produktionsergebnis der Vorkriegszeit zu gewinnen. Sind schon aus diesem Grunde alle Feststellungen, daß die gegenwärtige industrielle Produktion fünfzig bis vom Hundert der Friedensproduktion erreicht hat, für die meisten Industriezweige faktisch anfechtbar, so ist die Behauptung, daß dieses Jahr bereits die Friedensproduktion überschritten worden sei, unhaltbar. Eine Ueberschreitung der Friedensproduktion war Anfang dieses Kalenderjahres überhaupt gar nicht vorgesehen. So sagte z. B. N. I. Smilga in einem Report am 2. 2. 1925 mündlich: „Wir rechnen damit, daß das Wirtschaftsjahr 1925/26 das letzte Wiederaufbaujahr sein wird, daß die Produktionsleistung unseres Landes am Ende dieses Jahres das Vorkriegsniveau erreicht haben werden. Selbstverständlich kann keine Rede davon sein, daß dadurch heute dieselben wirtschaftlichen Verhältnisse wiederhergestellt wären wie vor dem Kriege“ (siehe hierzu „Die Volkswirtschaft der U. d. S. S. R.“, Nr. 7, 1926, S. 5, herausgegeben von Handelsvertretung der U. d. S. S. R. in Deutschland).

Die Generalversammlung der Bergarbeiter.

Saarbrücken, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Der erste Verhandlungstag der 25. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands war den Geschäftsberichten des Vorstandes, ihrer Diskussion und den dazu gestellten Anträgen vorbehalten. Zunächst in seinem Geschäftsbericht in großen klaren Linien und nicht die nationale und internationale Bergbaufrage. Er zeigte die Folgen der Kräfteverschiebung in der Kräfteproduktion der Welt durch die bekannten Erscheinungen des Vordringens der Braunkohle, des Erdöls usw. und ging dann auf die dringende Preispolitik der Kartelle und Trusts ein, um so vor diesen Erscheinungen die Schutzfolgerung abzuleiten, daß sich jeder die Hoffnungen der Dresdener Generalversammlung des Jahres 1924 auf eine baldige Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage, insbesondere der Lage im Bergbau, nicht bewahren können. Er kennzeichnete ferner die Untätigkeit und Unfähigkeit der bürgerlichen Regierung gegenüber der katastrophalen Lage an der Ruhr und das Fördern des Versuchs, einer weiteren Abwärtsentwicklung im Bergbau mit den verbrauchten Methoden der Verlängerung der Arbeitszeit, Senkung der Löhne und Verschlechterung der sonstigen Arbeitsbedingungen begegnen zu wollen. Spontanen Beifall fanden seine Worte, die er der Saar widmete: „Wir können nur wünschen, daß die Wahrung in Frankreich stabilisiert wird und daß, was noch besser ist, möglichst bald der Zeitpunkt kommt, an dem die Regierungen und Völker einsehen, daß es für alle Teile besser ist, daß das Saargebiet bald wieder endgültig zu Deutschland kommt.“

Sufmannen berichte dann die Arbeit der Arbeitnehmervertreter in dem Gemeinwirtschaftsrat, Reichsarbeiterrat, Reichsindustriarät, Reichslohlenrat und Reichslohlenrat und die Tätigkeit unserer Abgeordneten im Reichswirtschaftsrat, im Reichstag und in den Verbänden und stellte als Fazit fest: Ohne unseren Einfluß in diesen Vertretungen wäre die Lage der Arbeiterklasse weit schlimmer als sie heute schon ist. Besondere Schuld an der Lage im Bergbau trägt die Bergarbeiter, die der Organisation fernblieben und trotz aller Warnungen zu Ueberbittungen drangen, so daß sie im Jahre 1924 und 25, 30 und noch Schichten verlor. Die Mitgliederbewegung sei stark dadurch gehemmt gewesen, daß es allem im Ruhrbergbau 200 000 Arbeitslose gibt. Besondere Beachtung verdiente die volkswirtschaftliche Wertung des Verbandes und ihre Zeitkritik „Verband und Wirtschaft“.

Borgschulte-Vodum gab anschließend ein sehr instruktives Referat über sozialpolitische Fragen. Er behauptete, daß trotz der Reichsverfassung ein einheitliches Arbeiterrecht bis heute noch nicht geschaffen sei und eine Vereinfachung der Arbeiterrechtsgesetzgebung schwebenden Anfeindungen der Unternehmer ausgesetzt sei. Die Lage der Sozialversicherung und der Mitgliederzuzunahme bemerkt, daß eine weitgehende Proletarisierung früherer Mittelklassen eingetreten sei. Die Verbesserungen, die im Reichsstaatsratgesetz durchgeführt worden seien, wären nur möglich geworden durch einen außerordentlich hartnäckigen Kampf gegen die Unternehmer, die mit eiserner Stirn den Abbau der Sozialpolitik durchzuführen suchten.

Der Kassenbericht des Hauptkassierers Wittner konnte die erfreuliche Tatsache feststellen, daß die Beitragseinnahmen im allgemeinen unter Beachtung der schweren Krise im Bergbau als befriedigend zu bezeichnen sind. Insbesondere stellte er an Hand der Beitragssteigerungen fest, daß der Verband in der Zeit der größten Krise 1924/25 nicht gescheitert sei. Der vor Jahren angestellte Grundsatz: „Ein Standesnobis als Nebenbeitrag“ ist im ganzen Verbändegebiet reiflos durchgeführt und in einzelnen Bezirken bereits überholt. Der Verband hat in den beiden Berichtsjahren 1924/25 eine Kasse von 2 1/2 Millionen Mark gemacht und berechnet sein Gesamtvermögen Ende März 2 1/2 Millionen gegenüber 2 1/2 Millionen im Normaljahr 1916, so daß heute sein Vermögen um 1 Million größer ist

als im letzten Friedensjahr, wenn auch sein Vermögen nicht die gleiche Liquidität besitzt wie im Jahre 1918.

Die Diskussion am Nachmittag und die Antragsbesprechung ergab das Bild eines starken inneren Lebens in den Verbänden, wobei, wie auch den unmittelbaren Eindruck einer erfreulichen Geschlossenheit des allen Verbandes.

Die Internationale der Buchbinder.

In den Tagen vom 7. bis 9. Juni wurde in Kopenhagen die Sechste Konferenz der Internationalen Buchbinder-Föderation abgehalten. Bezirten waren auf ihr 13 Organisationen aus 12 Ländern durch 21 Delegierte und zwar hielten Vertreter entsandt: Belgien 1, Dänemark 4, Deutschland 5, Holland 2, Norwegen 1, Desterreich 1, Schweden 2, Schweiz 1, Tschechoslowakei (Prag) 2, Tschechoslowakei (Reichenberg) 1, Ungarn 1 und Rumänien hatte den ungarischen Kollegen mit seiner Vertretung bevollmächtigt. Die Internationale Repräsentantenschaft war einschließlich des Internationalen Sekretärs durch vier Mitglieder vertreten. Das italienische Mitglied der Repräsentantenschaft konnte infolge der politischen Natur an der Konferenz nicht teilnehmen und das englische Mandat war nach dem Ausscheiden des englischen Verbandes aus der Internationale erloschen. Das Internationale Arbeitsamt in Genf hatte ebenfalls einen Vertreter entsandt. Von den angeschlossenen Organisationen blieb nur Jugoslawien und Luxemburg unvertreten. Die Kostenfrage verhängte die der Mitgliederzahl nach kleinen Verbände an der Entsendung einer Delegation.

Hochstracker-Bern erstattete den Bericht des Internationalen Sekretariats. Er betonte vor allem, daß die Arbeiten des Sekretariats bewertet werden müssen unter Beachtung der in den einzelnen Ländern seit der letzten Konferenz eingetretenen Verhältnisse. Vor allem galt es, die Beschlüsse dieser letzten Konferenz (Leipzig 1922) durchzuführen, Beschlüsse, die dem weiteren Ausbau unserer internationalen Verbindungen nach innen und außen zu dienen berufen waren. Er konnte feststellen, daß im großen und ganzen diese Beschlüsse zur Durchführung gebracht werden konnten und daß sich gezeigt habe, daß die Buchbinderinternationale im steten Vormarsch begriffen ist.

Hochstracker konnte weiter feststellen, daß sich der Verkehr mit anderen Organisationen, vor allem mit denen der übrigen graphischen Verbände, ebenfalls reger gestaltet hat, eine Erschließung, die mit lebenswichtigen Ergebnissen innerhalb einzelner der unserer Internationale angeschlossenen Organisationen in Zusammenhang zu bringen ist. Waghenden Einfluß übten dabei aus die Verhältnisse in Italien, die große Bewegung unserer belgischen Kollegen im Vorjahr und auch die tschechoslowakische Frage, die eine Verknüpfung der beiden auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehenden Richtung in der Tschechoslowakei zum Ziel hat. Diese drei großen Ereignisse fanden dann auch sowohl im Schriftlichen als auch im mündlichen Bericht des Kollegen Hochstracker eine eingehende Sachdarstellung, nicht minder auch die derzeitige Wirtschaftslage und als deren Folgeerscheinung die große Arbeitslosigkeit. Mit berechtigtem Stolz konnte Hochstracker am Schluß seines Berichts der Anshauung Ausdruck geben, daß seit dem Wiederaufbau unserer Internationale gute Fortschritte zu verzeichnen sind.

In der sehr ausgedehnten Debatte wurde die Tätigkeit des Internationalen Sekretariats unter Beachtung der natürlichen Schwierigkeiten, die der Arbeit des Internationalen Sekretärs entgegenstehen, voll gewürdigt und allseitig anerkannt. Die skandinavischen Verbände beantragten in Anbetracht der Tatsache, daß die Internationalen Konferenzen für die beteiligten Organisationen mit großen Ausgaben verbunden sind, diese nur alle drei Jahre abzuhalten, daß, soll das Sekretariat das Recht haben, wenn es erforderlich ist, eine Konferenz auch schon nach einer kürzeren Frist einzuberufen. Weiter wurde einem Antrag der skandinavischen Verbände zugestimmt, das „Mitteilungsblatt“ dauernd mit einem skandinavischen Teil auszustatten und eine der modernen Weltsprachen (Esperanto, Jap.) zu propagieren. Das „Mitteilungsblatt“ soll möglichst sechsmal im Jahre erscheinen. Ferner soll, um einer laufenden Überfahrt über die Organisations-, Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse für das Gebiet der einzelnen Organisationen zu erhalten, eine besondere vierteljährliche Berichterstattung über die Zahl der Mitglieder, der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, über die Wohnverhältnisse und über die Lebenshaltungskosten an das Internationale Sekretariat erfolgen. In Bezug auf die weitere Ausdehnung unserer beruflichen Internationale schloß sich die Konferenz einer Erklärung der skandinavischen Verbände an, die ausgehend von der heutigen Lage der internationalen Arbeiterklasse, die dringende Notwendigkeit des festen Zusammenschlusses in einer beruflichen Internationale klar betont. Die Konferenz begrüßte deshalb mit größter Freude jede ernst gemeinte Bestrebung, die gewerblichen Internationalen zu fördern und macht es jedem zur Pflicht, in diesem Sinne tätig zu sein. (Schluß folgt.)

Ergebnis der Metallarbeiter-Wahlen in Schlesien.

Nach dem nunmehr vorliegenden endgültigen Ergebnis sind nur Anhänger der Richtung Amsterdam gewählt. Auf Schlesien entfielen acht Delegierte. Es erhielten Stimmen: Amsterdam: 10 437, Moskau: 2506.

Der Deutsche Bergbauarbeiterverband, wie der „Soz. Pressedienst“ erzählt, augenblicklich mit der französischen Regierung über die Aufnahme direkter Arbeitsleistungen in der zerstörten Zone. Derartige Verhandlungen sind schon oft geführt worden, ohne zu einem positiven Erfolg zu führen. Bis jetzt ist nur eine beschränkte Anzahl von deutschen Arbeitern mit den Regulierungsarbeiten an der Rhone beschäftigt.

Der Bundesausfluß des DGB wird — wie uns von zuständigen Stellen geschrieben wird — am 9. und 10. Juli in Düsseldorf zu seiner vierzigsten Sitzung zusammenreten. Die Sitzung ist nach Düsseldorf einberufen worden, um den Verbandsvorständen Gelegenheit zu geben, unter sachkundiger Führung die „Gefahr“ zu besichtigen, an der auch die Gewerkschaften beteiligt sind. Als Hauptpunkt der Tagesordnung ist die Frage der Arbeitslosenfürsorge und der Arbeitsbeschaffung vorgesehen. Außerdem wird eine Aussprache über die Förderung der Arbeiterklasse stattfinden, die insbesondere der Mitarbeit der Gewerkschaften an der vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen Zeitschrift „Arbeiterklub“ gelten wird. Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, Dr. Szyp, wird an dieser Besprechung teilnehmen. Der Leiter des Instituts für Arbeitsphysiologie in Berlin, Prof. Dr. H. J. L. wird in einem Vortrag über „Wege und Ziele der Arbeitsphysiologie“ die Bestrebungen dieses Instituts erläutern. Am Sonntag, den 11. Juli, ist eine große Jugendkundgebung geplant, bei der eine Reihe von Verbandsvorständen sprechen werden. Am Montag, den 12. Juli, wird anschließend eine Konferenz von Vertretern der Zentralverbände der Bezirke und der größeren Ortsausschüsse abgehalten werden, die sich mit Maßnahmen zugunsten der erwerbslosen Jugendlichen beschäftigen wird. Vor allem sollen die Düsseldorfser Einrichtungen für die erwerbslose Jugend, die Schulwerkstätten und Schulgärten, besichtigt werden.

Die Löhne in Dänemark. Unser kopenhagener Mitarbeiter schreibt uns: Der augenblicklich erzielte durchschnittliche Stundenverdienst aller in Arbeit befindlichen gelernter und ungelerneter Arbeiter wie Arbeiterinnen in Dänemark beträgt pro Tag und Stunde nach einer Umstellung des dänischen Repartiments Kopenhagen 1 1/2 Kronen. Der durchschnittliche Stundenverdienst eines weiblichen Arbeiters stellt sich auf 1 1/2 Kronen, der eines ungelerneten Arbeiters auf 1 1/2 Kronen und der des gelernten auf 1 1/2 Kronen. (Für eine Vergleichung mit unseren Verhältnissen sei mitgeteilt, daß ein durchschnittlicher Tagelohn in Dänemark 1 1/2 Mark beträgt.)

Wirtschaft.

Gute Geschäft mit den Getreidezölle.

Ein wie gutes Geschäft die in der verflochtenen Woche durchgeführte Getreidezollerhöhung für die Interessenten ist, beweist nachstehende Entwicklung der deutschen und amerikanischen Getreide- bezw. Mehlpreise. Der zehnte für:

	Anfang Juni 1926	Ende Juni 1926
Amerikanische Preise (in Cent per Bushel)		
Weizen, Rotwinter	175-25	165
Weizen, Hartwinter	175-25	158
Roggen, Chicagos	90-25	90
Deutsche Preise (per Tonne in M.)		
Roggen	174-179	204-206
Braugerste	187-200	200-208
Deutsche Mehlpreise (100 kg mit Sad in M.)		
Weizenmehl	36,75-39	37,5-40
Roggenmehl	25-28	28,5-29,75

Die Entwicklung zeigt ein Wanken der amerikanischen und ein Anziehen der deutschen Preise. Die ganze Bewegung bekommt einen weiteren Antrieb durch die neue Aktion der Reichsbank, wonach diese die landwirtschaftlichen Genossenschaften in die Lage versetzt, die neue Ernte vermehrt zu landwirtschaftlichen. Diese Maßnahme wird sich zweifellos dahin auswirken, daß die sogenannte erste Hand in die Lage kommt, mit ihrem Getreide zurückzuhalten. Das bedeutet eine Verringerung des Angebots und eine neue Steigerung der Getreidepreise.

Der Wohnungsbau im Jahre 1925.

Die Erhebungen des Statistischen Reichsamts über die Bautätigkeit in 88 Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern zeigen, daß im Jahre 1925 ein erfreulicher Fortschritt festzustellen ist. Im Laufe dieses Jahres wurden in den von der Statistik erfaßten Städten insgesamt 28 241 Gebäude (darunter 18 006 Wohngebäude) gegenüber 18 225 (8996) im Jahre 1924 neu errichtet. Die Zunahme hat also bei den Gebäuden 62 Prozent und bei den Wohngebäuden 73 Prozent betragen. Bei den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern hat die Zunahme an Wohngebäuden sogar 82 Prozent ausgemacht. Der Anteil der Wohngebäude an der gesamten Bautätigkeit ist bei den Großstädten von 53 Prozent im Jahre 1924 auf 61 Prozent im Jahre 1925 gestiegen. Auch bei den Wohnungen ist ein beträchtlicher Zuwachs zu verzeichnen. Während im Vorjahre in den 88 erfaßten Städten nur rund 27 000 neue Wohnungen erbaut wurden, waren es im Jahre 1925 bereits 50 504 Wohnungen, das sind 86 Prozent mehr.

Im Laufe dieses Berichtsjahres haben sich die Unterliebe im Umfang der Bautätigkeit in den einzelnen Städten mehr ausgeglichen. Im Durchschnitt wurden in den Großstädten auf je 1000 der Bevölkerung 2,8 Wohnungen gebaut (im Vorjahre 1,4). In Berlin ist die Bautätigkeit erheblich gewachsen; es wurden 2,3 Wohnungen auf 1000 der Bevölkerung fertiggestellt (gegenüber 0,8 im Jahre 1924). Erfreulich ist ferner, daß im großen und ganzen die Bautätigkeit in den 88 Städten fast regelmäßig von Vierteljahr zu Vierteljahr ausgenommen hat. Besonders lebhaft war die Bautätigkeit im letzten Vierteljahr, in dem ein Drittel aller im Laufe des Jahres erbauten Gebäude und Wohnungen fertiggestellt wurde.

Aus dem Umfang der Baugenehmigungen, die im Laufe des Jahres 1925 erteilt worden sind, lassen sich vorläufig noch keine sicheren Schlüsse auf eine Steigerung der Bautätigkeit im Jahre 1926 ziehen. Alle Anzeichen sprechen allerdings dafür, daß eine weitere Steigerung zu verzeichnen sein wird. So wird z. B. Berlin sein Bauprogramm im laufenden Jahre von etwa 8000 im Vorjahre auf 13 000 Wohnungen in diesem Jahre steigern können.

Besonders auffallend ist die Tatsache, daß in den Großstädten der prozentuale Anteil der größeren Wohnungen gestiegen ist. Es überwiegen die mittelgroßen Wohnungen mit vier Wohnräumen (einkl. Küche), die mehr als ein Drittel aller errichteten Wohnungen ausmachen. Sie werden deshalb als besondere Größenklasse geführt. Der Anteil der Kleinwohnungen mit ein bis drei Wohnräumen ist gegenüber 30 Prozent im Vorjahre 1925 auf 26,8 Prozent zurückgegangen. Dagegen ist der Prozentant der Wohnungen mit fünf Wohnräumen von 16 Prozent auf 21 Prozent gestiegen. Diese Entwicklung zeigt, daß die Vergütung von Hausinspektoren in viel zu hohem Maße den Begleitern und den Mittelstücken zugute kommt. Die Großstädte verfallen — zum Teil unter dem Druck ihrer eigenen Finanznot — eine ihrer wichtigsten Aufgaben, wenn sie nicht aus eigenen Mitteln Zusatzhypotheken zur Förderung des Wohnungsbauens für Kinderbemittelte zur Verfügung stellen. So erfreulich es im übrigen ist, daß die Statistik ein Anwachen der Wohnungsneubautätigkeit feststellen kann, so beweisen auch diese Zahlen wieder, wie weit alles bisher Erreichte hinter dem Notwendigen noch zurückbleibt. Für die sozialdemokratischen Gemeindevertreter bleibt auf diesem Felde noch viel zu tun übrig. Die Gemeinden müssen immer wieder angehalten werden, die Förderung des Wohnungsbauens als eine der wichtigsten Aufgaben anzusehen und danach auch zu handeln. Was bisher geschehen ist, bedeutet fast nur einen Tropfen auf einen heißen Stein und reicht nicht aus, um nun die allerdringendsten Bedürfnisse zu befriedigen.

Maschinenverbrauch in den Vereinigten Staaten.

Die ungeheure Entwicklung der Maschinentechnik bringt es mit sich, daß die Benutzungsdauer der Maschinen immer kürzer wird, indem sie durch neue und noch modernere ersetzt werden müssen. Gegenwärtig ist zum Beispiel der amerikanische Markt mit ausgemerkten Maschinen geradezu überschwemmt. Zum Teil werden diese Maschinen auch zu sehr billigen Preisen ausgedient, zum Teil werden sie sogar verschrotet. Diefen Prozeß entgegenzuwirken müssen die Unternehmer aus ihren Gewinnen riesige Abschreibungen vornehmen. Das amerikanische Gesetz gestattet jedoch nur eine Abschreibung von höchstens 10 Prozent der Anlagewerte. Bei der jüngst stattgefundenen Generalversammlung der Johnson- und Transmissionsunternehmungen hat der Vorsitzende dieses Verbandes den Mitgliedern vorgeschlagen, mit Rücksicht auf die rapiden Veränderungen des Produktionsapparates jährlich mindestens 25 Prozent abzuschreiben und eine dementsprechende Verringerung des Gesetzes zu erwirken. Der ganze Betriebsapparat soll sich demzufolge in vier Jahren amortisieren. Allerdings dienen die großen Abschreibungen nicht nur der tatsächlichen Abschreibung, sondern sie sollen auch zur Vermeidung der hohen Steuern und damit zur Vergrößerung der Kapitalmacht der betreffenden Unternehmungen beitragen.

Die Steuergläubiger der Reichs-Obersteuern behief sich in der Woche vom 21.-27. Juni auf 330 612 Tannen (332 608 Tannen) bzw. auf insgesamt 55 185 Tannen (55 245 Tannen). Abgesetzt wurden: Innerhalb des Provinz Obersteuern 35 200 Tannen (38 325 Tannen), nach dem übrigen Deutschland 177 412 Tannen (182 281 Tannen) und nach dem Ausland 56 993 Tannen (55 639 Tannen). Die Provinz Beiträge am 27. Juni in Höhe 137 248 Tannen (148 175 Tannen) und in Höhe 179 660 Tannen (181 888 Tannen). Angefordert und gestellt wurden fernerhin 6179 (5164) Wagen.

Begehrt nicht, für eure Partei und für eure Partei zu werden

Aus Schlessen.

Der Hindenburger Haushaltsplan abgelehnt.

Die Folgen kommunistischer Mißwirtschaft.

Im Hindenburger Stadtparlament ereignete sich am Montag ein in der Geschichte der ober-schlesischen Städte einzigartiger Standaal. Der von dem Magistrat aufgestellte Haushaltsplan wurde von sämtlichen Parteien einstimmig abgelehnt, weil die Steuern untragbar sind und der Etat auch sonst in keiner Weise den notwendigen Anforderungen entspricht. Dieses Vorkommnis ist das Ergebnis einer jahrelangen kommunistischen Mißwirtschaft.

Die Kommunisten bestanden gemeinsam mit der Mieterpartei die absolute Mehrheit im Stadtparlament und haben es seit den letzten Kommunalwahlen — im Mai 1924 — verstanden, den Magistrat teils mit unfähigen Leuten zu besetzen und die wichtigsten Posten unbesetzt zu lassen. Infolgedessen war, nachdem der Oberbürgermeister seit Monaten schwer erkrankt ist, der Magistrat nicht mehr imstande, die Leitung der Geschäfte zurecht zu führen. Der vollständige finanzielle Zusammenbruch der durch die kommunistische Mißwirtschaft ins Elend geführten Arbeitergemeinde läßt sich nur dadurch vermeiden, daß mit der größten Beschleunigung ein Staatskommissar bestellt wird, der das Stadtparlament auflöst und bis zu der nach den Eingemeindungen stattfindenden Neuwahlen mit großer Vollmacht die Geschäfte der Kommune in Ordnung bringt. Diese Maßnahme ist um so notwendiger, als nunmehr auch der Vertreter des Bürgermeisters, ein besoldeter Stadtrat, schwer erkrankt ist.

Besichtigungsreisen des Provinzialausschusses.

Der Niederschlesische Provinzialausschuß hält alljährlich eine Sitzung außerhalb Breslaus ab und verbindet sie mit Besichtigungen, die für ihn von besonderem Interesse sind. Die Sitzung am 2. und 3. Juli d. Js. fand in Görlitz und Rausa statt.

Den breitesten Raum der Verhandlungen nahm die Besprechung der Hochwasserkatastrophe ein. Ueber die Maßnahmen zur Unterstüfung von Hochwasserschädigten wurde bereits gesondert berichtet.

Von den im Etat vorgesehenen Mitteln für Förderung von Qualitätsarbeit wurde ein Drittel für die Wiederbelebung des alten Glaskleberhandwerks zur Verfügung gestellt. Kleinere Beihilfen wurden für die beiden Wandertheater der Bühnenbünde, für das Waldenburger Orchester, für die Förderung des durch Professor Schube in Breslau in seiner selbstlos aufopfernden Lebensarbeit gepflegten Schusses der Naturdenkmäler Schlesiens, sowie endlich zu den Unkosten eines Kurzes für Heimatkunde in Frankenstein, den der Lehrer Gabriel aus Camenz veranstaltet, bewilligt.

Für Wohlfahrtszwecke bewilligte der Provinzialausschuß verschiedene Beihilfen; so den großen Spitzenerbänden der Wohlthätigkeit für die von diesen unterhaltenen Anstalten und Einrichtungen, dem Magistrat Bunzlau für das Kinderheim Wilhelmshof, dem Barmherzigen-Brüder-Kloster und dem Elisabethinen-Krankenhaus in Breslau, der Auswanderer-Beratungsstelle für Schlessen und der Sozialhygienischen Akademie in Breslau. Er erklärte sich ferner grundsätzlich mit der Einrichtung eines Erholungsheimes für Kriegsschädigte und Kriegerhinterbliebene einverstanden. Er wählte sodann die Vertreter der Kreise, Städte und Gemeinden in den Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes.

Zur Besichtigung wurden dem Provinzialausschuß der geboten zunächst ganz hervorragende Maßnahmsleistungen der Kommunalbehörden der Oberlausitz und der Stadt Görlitz, von ersteren das Kinder- und das Säuglingsheim, das Diakonissen-Mutterhaus in Klein-Biesnitz, von der Stadt das Säuglings- und Waisenhaus, Bedigenheim, in welchem letzterem die auf der großen Wanderstraße von Westdeutschland nach dem Osten durchziehenden jugendlichen Wanderer geschickt und in ihre Heimat zurückgeführt werden. Gezeigt wurden ferner unter anderem die Arbeitsstätten für jugendliche Erwerbslose, die Kinder-Erholungsstätten und die große, schöne Volkshäuser der Stadt. Die weitere Reise führte an den Hochwasserschäden der Waisitzer Kette entlang; zerstörte Brücken, verandete Felder, Deichbrüche und ihre Folgen boten sich den Beschauern. Den Abschluß bildete eine Fahrt durch den größten Kommunalforst Deutschlands, die Görlitzer Heide; hier wurden insbesondere auch die umfangreichen und erfolgreichen Wiesenerbesserungen der von der städtischen Forstverwaltung geschaffenen Genossenschaft Mißbock-Kauka, zu deren Finanzierung auch die Provinz beigesteuert hat, besichtigt.

In der Fahrt fiel die auch für den Provinzialausschuß überaus wichtige Nachricht von der Hochwasserkatastrophe, die in der Nacht vom 2. zum 3. Juli durch einen örtlich begrenzten Wolkenbruch einen zwar kleinen Teil unseres Gebietes, in der Hauptsache die Dörfer Agnetendorf, Giersdorf und Hermendorf, diese aber um so schwerer betroffen hat. Im Einvernehmen mit dem Provinzialausschuß hat der Landesbauhauptmann nach Besichtigung mit dem zuständigen Landesbauamt und den örtlichen Behörden alsbald in einer Besprechung mit dem ebenfalls anwesenden Herrn Regierungspräsidenten und den Vertretern des Kreises die finanzielle Beteiligung der Provinz an einer vom Kreis auch mit staatlicher Unterstützung sofort großzügig eingeleiteten Aktion zur Behebung der dringendsten Notstände zugesagt; ebenso nimmt die Provinz die ihr obliegenden Flussbauarbeiten sofort in Angriff.

Dels bekommt einen Stadtwald. Eine außerordentliche Stadtwaldinventurveranlassung beschloß, das dem Thronische Dels gehörige, 300 Morgen umfassende, in der Nähe der Stadt Dels gelegene Waldgelände, den sogenannten Benjaminshof, zu veräußern. Die Veräußerung des Waldes soll 125 000 Mark Kaufpreis zu erwerben.

Waldenburg. Drei Bergarbeiter erschüttert. In der Bergschicht verunglückten in der 6. Abteilung des städtischen Bergschichtes der Fabrikanten Gruner und die Bauer Rose und Kather. Die drei waren mit der Reparatur eines Schüttelmaschinen beauftragt, weil dieser zerlegt hatte. Während der Arbeit kamen sie zusammen und erschütterte die Gerätschaften, jedoch nur teilweise, so daß es gelang, sie sofort wieder zu betreten. Trotzdem aber trugen sie Verletzungen davon und Rose mußte ins Casarett transportiert werden, während Gruner und Kather mittels Auto in ihre Wohnungen geschafft wurden. Bei der Betriebsleitung ist schon mehrmals wegen der Verwendung von zu schwachem Holz, was man bei der Reparatur parat haben mußte, Einspruch erhoben worden.

Neck. O. G. Graninger stirbt und Selbstmord einer Mutter. Die 27 Jahre alte Ehefrau des Schlossers Georg Rich in Baderbergler-Neudorf bei Neck hat in einem Moment ihres Wahnsinnes ihr dreijähriges Töchterlein durch eine Kugel auf den Kopf getroffen und hat dann an der Wunde erstickt. Die Leiche wurde gefunden, aber bereits die Leichenhauer hatten schon damit gerechnet, daß die unglückliche Frau am Morgen nach dem Weggang des Mannes gestorben ist.

Neck. 3 Jahre Fährten wegen Wahn. Eine Frau hat seit drei Jahren wegen Wahn die Wälder des Kalk-Steinbruchs bei Neck besetzt, weil sie glaubt, daß die Wälder einen Schatz bergen, der nur durch sie gefunden werden kann. Der Fall hat aber 1. St. verurteilt, daß die Frau von dem Grundstück entfernt wird. Die Frau hat sich aber nicht ergeben und ist nun in der Wälder besetzt. Die Polizei hat sich bemüht, sie zu entfernen, aber sie ist nicht zu bewegen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Parteitkonferenz.

Zu einer am Freitag, den 9. Juli, abends 6 Uhr, im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses zu Breslau stattfindenden Sitzung des erweiterten Parteivorstandes wird hiermit freundlichst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Die Lehren des Volksentscheidens. Referent Genosse August Kleinert.
 2. Unsere nächsten Aufgaben. Referent Genosse Gustav Schiffer.
 3. Besprechung der Forderungen auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge. Referent Genosse August Klose.
 4. Verschiedenes.
- Es ist unbedingt notwendig, daß jeder Ortsgruppe vertreten ist. Im Behinderungsfall ist ein Vertreter zu senden. Bei dieser Gelegenheit wird darauf aufmerksam gemacht, daß sämtliche Sammelkästen und Abrechnungen zur Vorstandssitzung mitgebracht werden müssen.

Ein neues Opfer des Wahnterrors!

Der Schweizer Erich Förster aus Nieder-Strufe, Kreis Neumarkt, wurde auf dem Gut des Herrn von Pleß wegen der Teilnahme an dem Volksentscheid strafflos entlassen. Obwohl Inspektor von Bessard wußte, daß Förster ein guter und fleißiger Arbeiter ist, was aus den Entlassungspapieren deutlich hervorgeht, mußte er doch entlassen werden. So sehen unsere Junker aus. Tüchtig und fleißig braucht sie nicht sein, dafür aber gehoramt und untertänig. Keine eigene Meinung dürfen die Menschen haben, dann ist alles gut. In Kommen a u verammelte nach der Wahl der Major Feder auf dem Gutshof seine Arbeiter, die sich an der Wahl beteiligt hatten und gab ihnen zu verstehen, daß er jetzt zwar niemandem entlassen wolle, daß aber alle diejenigen, welche an der Wahl teilgenommen haben, im nächsten Jahr gehen können. Kommentar überflüssig.

Klettenberg. Zwei Schulfrauen ertranken. Die beiden zwölfjährigen Schülerinnen Dittke Rozel und Hedwig Berger liegen gestern verstorben, in der durch das Hochwasser stark angeschwollenen Lohe zu haben. Dabei wurden sie von der Strömung erfasst und gingen unter. Trotzdem sofort Hilfe zur Stelle war, konnten sie nicht mehr gerettet werden. Auch waren die Leichen bisher unauffindbar.

Klettenberg. Zusammenstoß zwischen Motorrad und Wagen. Ein Kolporteur der „Schlesischen Zeitung“ kam Montag nachmittag auf der Straße von Opperau mit der unvorsichtigen Geschwindigkeit von 60 Kilometern durch unsere Gemeinde gefahren. Infolge des übergroßen Tempos fuhr er in einen mit Gerste beladenen Wagen hinein. Die Pferde wurden erschreckt und schloßen das am Wagen hängengebliebene Motorrad, das völlig zertrümmert wurde, etwa 50 Meter mit sich fort. Dem Kolporteur ist nichts zugefallen.

Cawallen. SPD. Sonnabend, den 10. Juli, abends 8 Uhr, findet im Lokal Geshwinde in Friedewalde unsere Mitgliederversammlung statt. Jedes Parteimitglied muß einige Gäste mitbringen. Redner: Genosse Schiffer.

Paschwitz-Malsen. SPD. Sonntag, den 11. Juli, nachmittags 3 Uhr, findet in Paschwitz im Lokal „Klaus“ eine wichtige Mitgliederversammlung statt, zu der auch Gäste Zutritt haben. Die Ortsgruppen von Malsen, Paschwitz, Boigwitz müssen gut vertreten sein. Redner: Genosse Schiffer.

Neumarkt. Durch Feuer wurden am gestrigen Montag vormittag die in der Hofstraße gelegenen beiden Gödelshausen bis auf die Umfassungsmauern eingeebnet. Schornsteinruine soll die Entstehungsursache des Brandes sein und durch die auf dem Boden lagernden Heuorräte wesentliche Begünstigung erfahren haben.

Neumarkt. So sieht nationales Heldentum aus. Am vergangenen Sonnabend hatte es sich der Provisor der hiesigen Apotheke angelegen sein lassen, ein beträchtliches Quantum Alkohol einzupumpen. Das Sprichwort: „Was der Mensch in nichternem Zustande denkt, führt er in besoffenem Zustande aus.“ kam folgerichtig zur Ausführung. Voll des edlen Saftes, seinen Penaten zuschwänkelnd, versuchte er unterwegs noch als Marktausschreier und Leipziger Sänger aufzutreten. Die Göttheit des Nachmittagsbeamten, der ihm jedenfalls zu väterlich entgegenkam, wurde von dem rabiaten Provisor damit belohnt, daß er den Nachmittagsbeamten ganz einfach zu Boden schlug und alsdann feige, wie diese Herrschaften nun einmal sind, schnell in der gegenüberliegenden Apotheke verschwand. Wenn der seine Herr jetzt ganz huldvoll entschuldigen sollte, wird man da von einer Strafanzeige wegen nächtlicher Ruhestörung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt sowie Körperverletzung Abstand nehmen? Diese Einseitigkeit dürfte nicht Wunder nehmen. Ueber den Vorfalle werden natürlich die hiesigen Blätter nichts bringen. Anders läge es, wenn ein Arbeiter etwas Derartiges begangen hätte. Und die Blätter können sich ja auch die moralische Maulschellenverteilung leisten, weil sich die Arbeitererschaft schwerlich anfragen kann, monarchistisch-völkische Literatur aus dem Hause zu weisen.

Aus dem Kreise Nimptsch.

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Kontursziffern.

Angeichts des unaufrührlichen Abnehmens der landwirtschaftlichen Unternehmungen über die Wirtschaftslage in der Landwirtschaft und angeichts ihrer Behauptung, es breche alles zusammen, ist es immer wieder notwendig, einen Blick auf die Ziffern über die Kontur und Geschäftsauffichten zu werfen. Das Bild von 1. Januar 1926 bis Ende Mai hat dieses Aussehen:

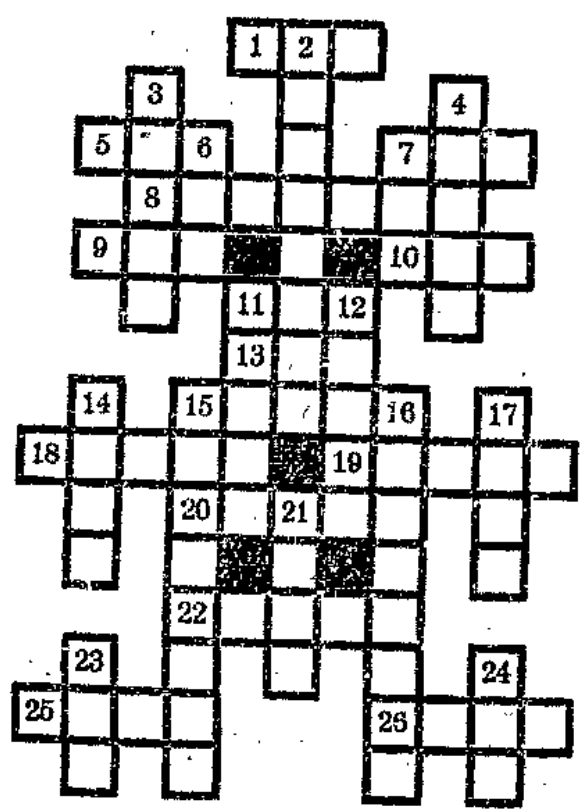
	In der Landwirtschaft	In allen Berufen	In der Landwirtschaft	In allen Berufen
Januar 1926	29	2092	44	1553
Februar 1926	30	1998	40	1573
März 1926	35	1871	29	1481
April 1926	19	1802	13	982
Mai 1926	13	1026	9	691

Nach dieser Aufstellung, die sich auf Angaben der bekannten amtlichen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ stützt, läßt sich das Bild der Kontur und Geschäftsauffichten von Monat zu Monat verringert hat. Eine Ausnahme machen nur die Monate Februar und März. Die Verringerung hat dazu geführt, daß die Landwirtschaft, die Anfang des Jahres noch 29 Kontur und 44 Geschäftsauffichten im Monat aufweisen konnte, jetzt nur noch mit 13 Kontur und ganzen 9 Geschäftsauffichten vermerkt wird. Dieser Zustand ist wesentlich günstiger als in der Vorkriegszeit. Nach dem „Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches“ 36. Jahrgang, wurden im Jahre 1913 430 oder durchschnittlich 36 Kontur im Monat gezählt.

Bei der durch die Entwicklung der Kontursziffern demonstrierten Lage der Landwirtschaft ist noch, wie der „Ostpreussische Landbote“ mit Recht sagt, zu beachten, daß sich die Landwirtschaft nach den Behauptungen ihrer Vertreter jetzt in der schwierigsten Zeit des Jahres befindet. Der größte Teil der Ernte ist bereits veräußert. Es waren große Ausgaben für die Bestellung des Landes zu machen. Die bevorstehende Ernte erfordert die Instandsetzung der Maschinen und die Einleitung zu mancher anderen Unkosten erzeugenden Maßnahme. Wenn trotzdem die Kontur und Geschäftsauffichten so rapid abgenommen haben, beweist das besser als alle anderen Argumente, daß die Lage der Landwirtschaft nicht so drückend ist, wie es immer hingestellt wird.

Rästel-Ged.

Kreuzworträstel.



Wagerecht: 1. geistlicher Würdenträger, 5. Maurergerät, 7. Naturgebilde, 8. Metallarbeiterberuf, 9. germanische Wurfmaschine, 10. westdeutscher Vadeort, 11. tschechischer Brantwein, 13. weiblicher Vorname, 15. griechische Gottheit, 18. kleiner Rastort, 19. Stadt in der englischen Grafschaft Surrey, 20. Fluß in Frankreich, 22. Ladeninventarkäse, 25. Schweizer Kanton, 26. Maß.

Senkrecht: 2. Speiseöl, 3. Streichinstrumentzubehör, 4. früheres oberitalienisches Bergopium, 6. Durchgang, 7. nordisches Getränk, 11. Bezeichnung für eine Rute, 12. Stadt im Regierungsbezirk Potsdam, 14. männlicher Vorname, 15. Heilpflanze, 16. Straßenvogel, 17. Bekleidungsstück, 21. Abgekürzter weiblicher Vorname, 23. orientalische Kopfbedeckung, 24. Singstimme.

Auflösung zum Rästelrästel.

Wohls muß mit Bösem enden! An dem frevelnden Geisteslicht Rähet Beus das Gastesrecht, Wägend mit gerechten Händen. (Schiller.)

Auflösung zum Beschriftartenrästel. Marienwerder.

10 000 Buchkarten

Konten ausgestellt sein, wenn alle Klassenbewußten Arbeiter Breslaus vor unserem Angebot Gebrauch gemacht hätten. Das Buch, das auf viele Stunden den Leser aus seiner persönlichen Arbeit heraus und in die Welt der Bücher führt, ist noch immer das Beste und Beste Vergnügen. Die Buchkarte, ein System unserer Zahlungsverkehrung, ermöglicht es einfach jedem, an diesem Vergnügen teilzunehmen. Die Buchkarte benutzt heißt, Bücher nach freier Wahl gegen wöchentlich 50 Pf. abgeben für sich und die Familie zu erwerben. Lesen und damit Kenntnisse erwerben, tut bitter not.

Der Bibliothekar weiß es

wie lange die Selbstbefreiung der Arbeiterklasse noch dauern wird. Jeder Gewerkschafter und jeder Arbeiter muß wissen, daß die Arbeiterbewegung für die Welt in erster Linie vorhanden ist. Derzeit hat kein Gewerkschafter alle beim

Neben geistiger Schätze!

Informiert sich über die Arbeiterbewegung, indem er den Arbeiter 5. 10. 15. 20. 25. 30. 35. 40. 45. 50. 55. 60. 65. 70. 75. 80. 85. 90. 95. 100. 105. 110. 115. 120. 125. 130. 135. 140. 145. 150. 155. 160. 165. 170. 175. 180. 185. 190. 195. 200. 205. 210. 215. 220. 225. 230. 235. 240. 245. 250. 255. 260. 265. 270. 275. 280. 285. 290. 295. 300. 305. 310. 315. 320. 325. 330. 335. 340. 345. 350. 355. 360. 365. 370. 375. 380. 385. 390. 395. 400. 405. 410. 415. 420. 425. 430. 435. 440. 445. 450. 455. 460. 465. 470. 475. 480. 485. 490. 495. 500. 505. 510. 515. 520. 525. 530. 535. 540. 545. 550. 555. 560. 565. 570. 575. 580. 585. 590. 595. 600. 605. 610. 615. 620. 625. 630. 635. 640. 645. 650. 655. 660. 665. 670. 675. 680. 685. 690. 695. 700. 705. 710. 715. 720. 725. 730. 735. 740. 745. 750. 755. 760. 765. 770. 775. 780. 785. 790. 795. 800. 805. 810. 815. 820. 825. 830. 835. 840. 845. 850. 855. 860. 865. 870. 875. 880. 885. 890. 895. 900. 905. 910. 915. 920. 925. 930. 935. 940. 945. 950. 955. 960. 965. 970. 975. 980. 985. 990. 995. 1000.

